

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21 395 E

9

Frankfurt, September 1971

Einzelpreis 1,- DM

XI. Jahrgang

Am 26. September beginnt die größte Gewerkschaft im DGB, die IG Metall, ihren 10. ordentlichen Gewerkschaftstag. Weitere Gewerkschaften — z. B. Deutsche Postgewerkschaft, IG Druck und Papier, Gewerkschaft Textil-Bekleidung — folgen im Oktober. Dem Gewerkschaftstag der IG Metall kommt eine besondere Bedeutung zu. Betrachtet man die 1238 Anträge aus der Organisation und die 17 Entschließungsentwürfe des Vorstandes, so widerspiegeln sich darin zwei grundverschiedene Strömungen: Auf der einen Seite ist die übergroße Mehrheit der Anträge der Vertreterversammlungen von den Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten geprägt und fordert eine unabhängige Gewerkschaftspolitik. Auf der anderen Seite versucht der Vorstand, die progressiven Anträge von unten weitgehend vom Tisch zu legen mit Entschließungsentwürfen, die im Kern eine verstärkte Umwandlung der IG Metall zu einer systemstabilisierenden Organisation zum Inhalt haben. Offensichtlich möchte Otto Brenner jegliche Kritik an den überlebten kapitalistischen Herrschaftsstrukturen und an der Regierung Brandt/Scheel aus dem Gewerkschaftstag verbannen.

IG Metall in der Bewährung

Hinter dieser Mißachtung des Mitgliederwillens verbirgt sich bei vielen sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären ein Loyalitätskonflikt gegenüber der von der SPD geführten Bundesregierung. Die versuchte Gleichschaltung der Gewerkschaften auf Regierungskurs widerspricht den Interessen der Arbeiterklasse und hilft im Grunde der Hauptpartei des Monopolkapitals, der CDU/CSU. Nur eine kämpferische Gewerkschaftspolitik und entsprechender Druck auf die Bundesregierung vermögen, daß die CDU/CSU nicht wieder Regierungspartei wird.

Die Delegierten wären gut beraten, wenn sie nicht die Vorstandsentscheidungen, sondern die Anträge von der Basis zur Richtschnur ihrer Entscheidungen machen würden. Für eine selbständige Gewerkschaftspolitik sollten folgende Aufgaben im Vordergrund stehen: klare Beschlüsse zur Durchsetzung der aktiven Lohn- und Gehaltspolitik bei der gegenwärtigen Tarifbewegung und Austritt aus der konzertierten Aktion; ein klares Votum gegen den Regierungsentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, mit dem das bestehende reaktionäre Gesetz noch verschlechtert werden soll; Forderung an den Bundesstag, die Verträge von Moskau und Warschau baldigst zu ratifizieren, für eine europäische Sicherheitskonferenz und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie für eine Konferenz aller europäischen Gewerkschaften einzutreten.

Nicht zuletzt können alle diese Aufgaben nur verwirklicht werden, wenn die IG Metall als selbständige Kampforganisation gestärkt, die innergewerkschaftliche Demokratie ausgebaut und vor allem die betrieblichen Vertrauensleute als satzungsgemäße Organe gekräftigt werden. Die IG Metall und alle anderen Gewerkschaften werden so stark sein, wie sie sich unabhängig von Unternehmern, Parteien und Regierung durch gemeinsames Handeln für die Interessen der Arbeiter und Angestellten einsetzen. Der Antikommunismus, den der Vorstand der IG Metall verstärkt betreibt, spaltet diese einheitliche Front und stärkt die Positionen der Gegenseite, des Kapitals.

Aus dem Inhalt:

- Schritt zur Entspannung
Zum Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin 2
- Betriebsverfassung:
Jetzt Protestwelle! 2
- Kampf um jeden Pfennig
Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie 3
- Die Forderungen der IG-Metall-Bezirke 4
- Metallarbeiter für aktiven Lohnkampf
Zahlreiche Anträge zu Fragen der Tarifpolitik 6
- Für einheitliches Dienstrecht
Reform des Beamtensrechts dringend notwendig 7
- IGM: Wichtige Entscheidungen
Vor dem 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden 8
- Bergarbeiterkongreß 1971 10
- Konzertierte Aktion verlassen!
9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 11
- Argumente ohne Beweiskraft
Dollarkrise hat keinen Einfluß auf Ertragslage 12
- Keine „große Lösung“
Bonner Gesetzesplan zur Vermögensverteilung 13
- Das Leid der Leitwährung 14
- Den Kleinen die größte Last
Die staatliche Steuerpolitik ist unsozial 15
- Mit Gewerkschaften verbunden
DKP bereitet Parteitag vor 16
- Zusatzrente nur für wenige 18
- Demokratie auf sozialistischer Gewerkschaftlicher Interessenvertretung in der DDR 19
- DDR löst Strukturfragen
Von Lothar Lindner, Vorsitzender der IG Bau - Holz 20
- Gewerkschaften gegen Nixon 22
- Buchbesprechungen
Ordnungsfaktor? Gegenmacht? 23
- Entschleierte Profite 24

Schritt zur Entspannung

Westberlin-Abkommen Beitrag zur Friedenssicherung Weitere Schritte müssen durchgesetzt werden

Mit dem erfolgreichen Abschluß der Viermächte-Verhandlungen über Westberlin wurde im Zentrum Europas ein bedeutender Schritt zur Sicherung des Friedens und der Entspannung getan. Der Status eines Territoriums, das seit über 20 Jahren Ausgangspunkt von Provokationen gegen die DDR und Gegenstand von internationalen Verwicklungen sowie Bonner Hoheitsansprüchen war, wurde jetzt deutlicher und völkerrechtlich verbindlich fixiert: Westberlin ist nicht Teil der Bundesrepublik; es ist das, was die Sowjetunion und die DDR seit jeher feststellen: eine besondere politische Einheit. Mit dieser grundsätzlichen Festlegung ist der Weg frei geworden für konkrete Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und für weitere internationale Schritte zur Friedenssicherung.

Von besonderer Bedeutung ist bei dem Westberlin-Abkommen, daß damit auch die Existenz der DDR und ihrer Grenzen, die Realität des sozialistischen deutschen Staates, von allen vier Mächten akzeptiert wird und gewissermaßen völkerrechtlich aktenkundig gemacht wurde.

Ausgehend davon kann jetzt Westberlin seine vielfältigen Beziehungen zur Bundesrepublik weiter entwickeln, zugleich aber auch zur DDR und zu allen anderen Staaten in Ost und West. Die völkerrechtliche Anerkennung des bestehenden Status von Westberlin ist die Grundlage für wesentliche Verbesserungen im Interesse der Westberliner Bevölkerung und für bedeutende Erleichterungen im Personen- und Güterverkehr durch die DDR von und nach Westberlin.

Es muß in diesem Zusammenhang objektiv festgestellt werden, daß das Zustandekommen der Westberlin-Vereinbarung in besonderem Maße der Politik der UdSSR und der DDR zu verdanken ist, die immer wieder zu vertraglichen Lösungen des Problems gedrängt haben, und mit konkreten Vorschlägen hervortraten. Bis bei den Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik die Erkenntnis reifte, daß Westberlin nicht mehr länger die Rolle des Pfahls im Fleische des Sozialismus ohne ernsthafte Gefährdung des Friedens spielen kann, sind leider viele ungenutzte Jahre vergangen.

Schon jetzt ist an der Reaktion im Lager der CDU/CSU deutlich geworden, daß diese Kreise das Westberlin-Abkommen als eine Niederlage der nationalistischen und revanchistischen Politik empfinden und alles Erfordernisse tun werden, um einen erfolgreichen Abschluß der Detailverhandlungen zwischen der DDR und der BRD zu hintertreiben.

Darum ist jetzt die weitere Verstärkung des Drucks der friedliebenden Kräfte des Volkes, vor allem der Gewerkschaften, auf die Bundesregierung unerlässlich, um sie zu den anstehenden weiteren Schritten zur Entspannung und Friedenssicherung zu bewegen

und die Sabotageversuche und Provokationsabsichten der Rechtskreise zu stoppen. Eine Reihe von Maßnahmen der Bundesregierung ist fällig:

■ Die Ratifizierungsgesetze für die Verträge mit der Sowjetunion und Polen müssen unverzüglich dem Bundestag zwecks Ratifizierung zugeleitet werden.

■ Rasche Einigung mit der DDR über den Inhalt der auszuhandelnden Abkommen über Verkehrsfragen und über die Beziehungen Westberlins zur DDR.

■ Beginn von mehrseitigen Vorbereitungsgesprächen über die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und sofortige Erklärung, daran teilnehmen zu wollen.

■ Unterstützung des Vorschlags für eine gleichberechtigte Aufnahme der BRD und der DDR in die UNO.

■ Kürzung des Rüstungshaushalts für 1972.

Durch die Viermächte-Vereinbarung über Westberlin ist der Weg für eine Reihe von politischen Anschlußschritten freigeworden, die nun von der Bundesregierung ohne Zögern gegangen werden müssen. Dabei gilt es die nationalistische Hetze, die vor allem aus CDU/CSU-Kreisen ertönt und in diesen Tagen und Wochen von der Springer-Presse in Gang gesetzt wird, entschieden zurückzuweisen. Bedenklich müssen die Versuche von Regierungsvertretern stimmen, mit jenen nach gemeinsamen Positionen zu suchen, die schon in den geringsten Ansätzen von Vernunftpolitik nationalen Verrat erblicken.

Es ist zweifellos so: Das Westberlin-Abkommen bietet die Basis für Fortschritte in Richtung Entspannung, Koexistenz und Frieden, auch und besonders zwischen beiden deutschen Staaten. Aber diese Fortschritte kommen nicht von selbst, sie müssen durch stetiges aktives Drängen der Demokraten, der Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten von der Bundesregierung und gegen die Rechtskräfte erzwungen werden. G. S.

Protestwelle

Die Gefahr, daß die Gewerkschaften mit der Verabschiedung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes durch Bundesregierung und Parlament überumpelt werden, ist akut geworden, wenn nicht in den nächsten Tagen und Wochen nachdrücklich Protestaktionen gestartet werden. Entsprechende Forderungen aus Betrieben, gewerkschaftlichen Gremien und Organisationsgliederungen an den DGB und die Gewerkschaftsvorstände liegen in großer Anzahl vor.

Sehr wahrscheinlich am 22. und 23. Oktober soll das von den Gewerkschaften in wesentlichen Teilen scharf abgelehnte Gesetz in zweiter und dritter Lesung vom Bundestag verabschiedet werden. Von ausreichender Zeit für Protestaktionen „zwischen den beiden letzten Lesungen“, auf die der DGB die ungeduldig Drängenden zu vertrösten pflegte, kann nicht mehr die Rede sein. So war es auch bei der Notstandsgesetzgebung: im Ruck-Zuck-Verfahren folgten die entscheidenden Beratungen aufeinander.

Bundesregierung und SPD/FDP haben inzwischen zur Genüge deutlich gemacht, daß selbst die dringendsten Änderungsforderungen der Gewerkschaften nicht berücksichtigt werden: Schaffung eines eigenen Zugangsrechts der Gewerkschaften zum Betrieb, Gewährung des Rechts auf politische Betätigung im Betrieb, Abbau der unsolidarischen Gruppenrechte, Beseitigung der uferlosen Ausdehnung des Begriffs „leitender Angestellter“, Beseitigung des Tendenzparagrafen und Gewährung von Mitbestimmungsrechten für den Betriebsrat in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Durchgesetzt haben sich dagegen die Vertreter der Unternehmensverbände mit ihren Interessen.

Nachdem mehrere Organisationsgliederungen der IG Druck und Papier, die Jugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft und andere Gremien einen Protestmarsch der Gewerkschaften auf Bonn gefordert hatten, hat sich jetzt auch der Hauptvorstand der IG Druck und Papier für die Durchführung einer Großkundgebung des DGB gegen die reaktionären Bestimmungen der BetrVG-Novelle ausgesprochen. Zahlreiche Anträge an bevorstehende Gewerkschaftstage und Berufsgruppentagungen, darunter allein 30 Anträge der IG Metall, verlangen ein fortschrittliches BetrVG und zum Teil Kampfmaßnahmen dafür. Die Mobilisierung der Millionen DGB-Mitglieder für dieses Ziel muß unverzüglich beginnen, soll nicht abermals eine wichtige gesellschaftspolitische Chance vertan werden. Sb.

Kampf um jeden Pfennig!

Metallindustrie: Unternehmer und Regierung gemeinsam Ungenügende Forderungen — erst recht voll durchsetzen!

Der Beginn der Lohnbewegung in der metallverarbeitenden und der Eisen- und Stahlindustrie hat sofort gezeigt: Es wird einen heftigen Konflikt zwischen Gewerkschaftern und Unternehmern geben, und die IG Metall wird alle Kraft und Entschlossenheit aufbieten müssen, um ihre bescheidenen, ja unzureichenden Forderungen durchzusetzen. Mehr denn je gilt es, um jedes Prozent und jeden Pfennig zu kämpfen. Die einzelnen Tarifbezirke der Metallverarbeitung, wo die Lohn- und Gehaltsverträge zum 30. September gekündigt wurden, haben unterschiedliche Erhöhungen von 9 bis 11 Prozent gefordert. Dazu kommen in einigen Bezirken geringfügige Nebenforderungen wie in Nordrhein-Westfalen die tarifliche Sicherung eines 13. Monatseinkommens. In Bayern sind die Tarifverträge erst zum 31. Oktober kündbar. Für die Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie, deren Verträge ebenfalls zum 31. Oktober gekündigt werden, liegen die Forderungen bereits vor: zwischen 10 und 16 Prozent (siehe: „Die Forderungen der IG-Metall-Bezirke“). Insgesamt werden von der Metall-Tarifbewegung rund 4,5 Millionen Arbeiter und Angestellte erfaßt.

Dieser Tarifkonflikt verdeutlicht schon an seinem Beginn mehr als viele vorausgegangene den Klassenkampfcharakter von Lohnauseinandersetzungen und die Gruppierung der Kräfte. Schon seit Wochen trommeln die Vertreter des Monopolkapitals, die Unternehmerverbände, unterstützt von Repräsentanten der Bundesregierung und eifrig kolportiert von der bürgerlichen Presse, massiv gegen die gewerkschaftliche Lohn- und Gehaltspolitik. Das ist ihre Vorbereitung der Metall-Tarifrunde.

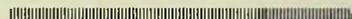
Der Vorsitzende von Gesamtmetall, Herbert von Hüllen, erklärte, 1970 sei für die Metallindustrie das „bisher schlechteste Geschäftsjahr der Nachkriegszeit“ gewesen. Die Hochkonjunktur der Jahre 1969/70 sei „nicht mit einer Explosion der Gewinne, sondern mit einer Explosion der Schulden verbunden“ gewesen. („Wirtschaftswoche“, 13. 8. 71) Gesamtmetall veröffentlichte Mitte August eine „Ertragsanalyse“, die das bestätigen soll. Das „Handelblatt“ berichtete am 19. 8. 1971 von einem „erschreckenden Bilanz-Bild“ und „negativen Rekord der Gewinnschrumpfung“. Unternehmer- und Regierungsvertreter verlangen schon seit Monaten die Beachtung der regierungsmittlichen Lohnleitlinie von etwa 7 Prozent, wobei die Unternehmer für weniger als 6,5 Prozent votieren.

Antigewerkschaftliche Front

Das schon vor den USA-Beschlüssen zur Währungspolitik praktizierte Zusammenspiel von Unternehmerverbänden und Bundesregierung, das den Unternehmern Höchstprofite sichern soll und darauf zielt, die Folgen falscher Wirtschaftspolitik auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, erreichte während der Dollarkrise den Höhepunkt.

BDA-Präsident Friedrich forderte von den Gewerkschaften „wirtschaftspoliti-

sche Vernunft“. Bundesbankpräsident Klasen verlangte angesichts der US-Maßnahmen „eiserne Lohn- und Preisdisziplin“. Schillers Staatssekretär Hermsdorf erklärte am 22. August Lohnforderungen wie in den letzten Jahren für „volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbar“. Schillers Mitarbeiter Schlecht präzisierete: Nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums müßten



Worte des Präsidenten

Bei der feierlichen Eröffnung des Bildungszentrums Sprockhövel der IG Metall hat der „Bürgerpräsident“ Gustav Heinemann in seiner Festansprache viele kluge Worte gesprochen.

Nachdenklich werden die Zuhörer aber die Bemerkung des Bundespräsidenten aufgenommen haben, „Freiheit ohne Gerechtigkeit“ sei zwar ein Übel, aber immer noch besser als „Gerechtigkeit ohne Freiheit“. Was man wohl nicht anders deuten kann, als daß die Gewerkschaften auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit verzichten sollen, um die „Freiheit“ zu preisen, die den Unternehmern in der Bundesrepublik erlaubt, nach dem Grundsatz „bereichert euch“, in der Wirtschaft zu schalten und zu walten, Betriebe zu schließen und Arbeiter und Angestellte brotlos zu machen, wenn dies ihrer egoistischen Profit-sucht dient.

Oder sollte die Bemerkung speziell für die IG Metall gedacht sein, die in den nächsten Wochen die Interessen der 4,5 Millionen Metallarbeiter in einem harten Lohnkampf gegen Unternehmer und Regierung zu vertreten hat, um ihren Teil zur Verwirklichung von „Freiheit und Gerechtigkeit“ in der Bundesrepublik beizutragen? okulus

neue Tarifabschlüsse „unter 7,5“ bleiben. Schiller selbst verlangte am 23. 8. abermals eine „vernünftige Preis- und Lohnpolitik“. Einige Tage später erklärte er, im kommenden Jahr müßten „alle Tarifvorstellungen neu überprüft werden“. Und Bundeskanzler Brandt malte am 31. August das Gespenst „einer Reihe von Umstellungen und Schwierigkeiten bei einzelnen Betrieben und Branchen unserer Industrie“ an die Wand. Gezielt hatten zahlreiche Unternehmen schon im Sommer für die Zeit der Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie — September und Oktober — Kurzarbeit und mögliche Entlassungen angekündigt.

Metaller kontern: 15 Prozent!

Dieser beispiellosen Flut von Falschmeldungen und Zweckpessimismus zur Verteidigung höchster Gewinnspannen setzen die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie ihre aus der Kenntnis der tatsächlichen Lage der Unternehmen dieses Industriezweiges resultierenden Forderungen entgegen: Lohn- und Gehaltserhöhungen um 13, 15 Prozent und häufig noch darüber. Solche Forderungen wurden u. a. erhoben von den Beschäftigten der Ford-Werke, Köln, der Siemens-Betriebe, München, der Klöckner-Drahtindustrie, Düsseldorf, der Fritz-Schumacher KG, Düsseldorf, der Stahlwerke Südwestfalen, Eckesey, der Hoesch-Westfalenhütte, Dortmund und der Klöckner-Hütte, Bremen — um nur einige zu nennen.

Diese Forderungen basieren auf der exakten Berechnung der DGB-Zielprojektion, wonach bei Preissteigerungen um 2 Prozent ein Anstieg der Realeinkommen nur gesichert ist, wenn Löhne und Gehälter um 10,4 Prozent netto steigen. Die Lebenshaltungskosten für Arbeitnehmerfamilien steigen aber in diesem Jahr um nahezu 6 Prozent. Ab 1. Januar 1972 sollen auch die Rentenversicherungsbeiträge von 17 auf 18 Prozent und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 0,65 auf vermutlich 0,90 Prozent erhöht werden. Bei einer Steuerprogression von ca. 2,5 Prozent bringen alle Abschlüsse unter 8 bis 8,5 Prozent eine Senkung der Realeinkommen mit sich.

9 bis 11 Prozent zu wenig!

Unter diesem Aspekt sind die auf Drängen des IG-Metall-Vorstandes zustande gekommenen bezirklichen Forderungen zwischen 9 und 11 Prozent völlig unzureichend. Wenn man außerdem unterstellt, daß möglicherweise nach der bekannten „Brenner-Doktrin“ verhandelt werden soll, wonach drei Viertel der Ausgangsforderung „ein guter Abschluß“ sind, dann sinkt der Reallohn der Metallarbeiter ab statt zu steigen. Eine solche Konzeption würde den sozialen Standard der Me-

tallarbeiter aufs Spiel setzen, zu weiterem Absinken des Anteils der unselbständig Beschäftigten am Sozialprodukt führen und den Produktivitätszuwachs gänzlich den Unternehmern überlassen. Darum müssen dieses Mal die erhobenen Forderungen auch bis auf den letzten Pfennig durchgesetzt werden.

Einzig die Tarifkommission der Klöckner-Hütte Bremen trug dem realen Erfordernis Rechnung. Sie verlangte, entsprechend einem einstimmigen Beschluß des Vertrauensleutkörpers, die Anhebung des Haustarifs um 80 Pfennig die Stunde für Arbeiter und um 138 DM monatlich für Angestellte, das sind gut 16 Prozent. Die Lehrlingsvergütung soll um 60 DM erhöht werden.

Gegen diesen Beschluß der Klöckner-Tarifkommission hat es massive Interventionen sowohl seitens des zuständigen Bezirksleiters der IG Metall, Heinz Scholz, als auch von Vorstandsmitgliedern aus Frankfurt gegeben. Obgleich die Klöckner-Gewerkschafter nie von ihrer Forderung abgerückt sind, auch nicht auf einer telegraphisch von der IGM-Ortsverwaltung einberufenen Vertrauensleutesitzung mit Heinz Scholz, erklärte der Bezirksleiter, daß er in den Verhandlungen mit den Unternehmern auch für Klöckner nur 11 Prozent fordern werde.

Klöckner kann zahlen

Auf Anfrage erklärte uns der Betriebsratsvorsitzende der Klöckner-Hütte, Heinz Röpke, die Forderung der betrieblichen Tarifkommission entsprechen völlig den Erwartungen der Arbeiter und Angestellten und den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Hütte. Die Entwicklung der Produktion sei außerordentlich gut. Der Stahlausstoß sei in den letzten drei Monaten gegenüber dem Vorjahr wie folgt gestiegen: im Mai von 134 000 t auf 149 000 t, im Juni von 151 000 t auf 174 000 t und im August von 148 000 t auf 155 000 t. Damit sei das Ergebnis besser als im guten Jahr 1970 — und das noch bei verminderter Belegschaft. Die Zahl der Arbeiterbelegschaft sei von 4721 im Oktober 1970 auf 4487 am 31. Juli 1971 gesunken. Die Art der Einmischung des Bezirksleiters Heinz Scholz werde von den Metallern bei Klöckner abgelehnt.

Entsprechend dem schon auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß und anderen DGB- und IG-Metall-Veranstaltungen beobachteten verstärkten Einschwenken Otto Brenners und der meisten Vorstandsmitglieder auf Brand/Schiller-Kurs, hatte die Frankfurter Zentrale der IGM in der tarifpolitischen Klausurtagung Mitte August die Bezirke auf einen Satz „um 10 Prozent herum“ für die herbstliche Tarifbewegung vergattert. Dabei dürfte nach der berichtigten Brenner-Formel vom Dreiviertel-Abschluß von vornherein die Schillersche Lohnleitlinie mit klei-

nem Prestige-Bruchteil nach oben angepeilt worden sein.

Gegen Wohlverhalten

Diese politisch motivierte Konzeption des Wohlverhaltens, die den berechtigten Anteil der Metallarbeiter am Ergebnis ihrer Arbeit schmälern und den Kampf dafür behindern würde, muß durchkreuzt werden. So hatten die meisten Bezirksleiter in den Sitzungen der bezirklichen Tarifkommission, wo die Forderungen festgelegt wurden, größte Mühe, die „Linie“ durchzupacken. In der Sitzung der Tarifkommission Unterweser z. B. ging es geradezu stürmisch her. Bezirksleiter Scholz scheiterte mit seiner 10-Prozent-Richtlinie. In der Abstimmung stimmten einige Kommissionsmitglieder für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 13,5 Prozent, rund 40 Prozent stimmten für 12 Prozent und eine knappe Mehrheit beschloß dann 11 Prozent.

In der Sitzung der drei Tarifkommissionen Baden-Württembergs hatte zunächst eine Mehrheit 12 Prozent beschlossen, die nach längerer Debatte mit 38 gegen 31 Stimmen auf 11 Prozent verringert wurden. In der Tarifkommission für Hessen gab es ebenfalls Gegenstimmen zur 11-Prozent-

Forderung, weil die Betriebe 13 bis 15 Prozent verlangt hatten. Auch in der Kommission für die Eisen- und Stahlindustrie in NRW gab es eine starke Gruppe für eine höhere Forderung als die beschlossenen 10 Prozent. Nach Bekanntwerden der offiziellen Forderungen hat es in einigen Betrieben heftige Kritik an der geringen Höhe gegeben: So lehnte am 2. September der Vertrauensleutkörper von Daimler-Benz, Mannheim, die 11-Prozent-Forderung als „unzureichend“ ab. In Nürnberg forderte am 31. August der Vertrauensleutkörper der IG Metall bei AEG mit großer Mehrheit eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 14 Prozent.

Es darf gegenwärtig nicht übersehen werden, daß es der ständigen gemeinsamen „Seelenmassage“ von Unternehmern, Regierungsvertretern und Massenmedien in gewissem Umfang gelungen ist, Unsicherheit hinsichtlich der Wirtschaftslage und des Arbeitsplatzes in die Arbeiterschaft, auch der Metallindustrie, zu tragen. Bestimmte branchengebundene und meistens noch durch Unfähigkeit des Managements verursachte Erscheinungen wie bei Voigtländer, Olympia usw. werden mit Stoßrichtung gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik hochgespielt. Die Gewerkschaften werden für Konjunk-

Die Forderungen der IG-Metall-Bezirke

Baden-Württemberg (drei Bezirke: Nordwürttemberg-Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden): Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11 Prozent.

Bremen/Unterweser: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11 Prozent und Festlegung der durchschnittlichen Leistungszulage auf 17,5 Prozent.

Hamburg: Lohn- und Gehaltserhöhung um 10 Prozent und Vereinbarung neuer Lohngruppen ohne Altersabschläge.

Hessen, Rheinland-Pfalz, Saargebiet: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11 Prozent, Anpassung der Ausbildungsvergütungen an die übrige Wirtschaft und tarifvertragliche Vereinbarung freiwilliger betrieblicher Leistungen.

Niedersachsen: Lohn- und Gehaltserhöhung um 10,4 Prozent.

Nordrhein-Westfalen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 9 Prozent; 13. Monatseinkommen unter Anrechnung betrieblich gezahlter Weihnachtsgroßleistungen und Jahresabschlussvergütungen; angemessene Erhöhung der Ausbildungsvergütungen; 13. Monatsgehalt für Auszubildende; ersatz-

lose Streichung der Lohngruppen 1 und 2.

Schleswig-Holstein: Erhöhung des Ecklohns von 5,04 auf 5,54 DM und der Gehälter um 10 Prozent.

Westberlin: Lohn- und Gehaltserhöhung um 11 Prozent und weitergehende Erhöhung für die Meistergruppen unter Anrechnung übertariflicher Bestandteile.

Wilhelmshaven: Erhöhung des Ecklohns um 50 Pfennig und der Gehälter um 10 Prozent.

Bayern: Die Tarifverträge sind erst zum 31. Oktober 1971 kündbar.

Nordrhein-Westfalen (Eisen- und Stahlindustrie): Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 Prozent und angemessene Erhöhung der Ausbildungsvergütungen. Angleichung der Ecklöhne und -gehälter an die Metallverarbeitung in NRW.

Klöckner-Werke Bremen (Firmentarif): Erhöhung der Löhne um 80 Pfennig, der Gehälter um 138 DM und der Ausbildungsvergütungen um 60 DM, das sind 16 Prozent.

Stahlwerke Salzgitter (Werk Peine und Werk Salzgitter): Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 Prozent.

lur, Währung, Preise und Arbeitsplätze verantwortlich gemacht.

In dieser Situation gilt es die Überzeugung zu stärken und den Nachweis zu führen, daß die Metallunternehmer in der Lage sind, die geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen zu zahlen — und das in voller Hohel. Das Argument, daß die amerikanische 10prozentige Einfuhrsteuer den westdeutschen Export und damit Arbeitsplätze gefährdet, weshalb besondere Zurückhaltung bei Lohnforderungen angebracht sei, ist schnell vom Tisch gewischt. Georg Neemann, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, gab in der „Welt der Arbeit“ vom 27. August die treffende Entgegnung:

Binnennachfrage stärken!

„Allerdings ist lohnpolitische Zurückhaltung die denkbar schlechteste Antwort auf die neuerrichteten Exportbarrieren. Es ist klar, daß Waren, die jetzt die USA bei uns nicht kaufen wollen, zusätzlich auf dem Binnenmarkt abgesetzt werden müssen. Das aber hat eine ausreichende Erhöhung der Massenkauftkraft zur Voraussetzung. Wo sich Exportruckschlage zeigen, können die Arbeitsplätze nur durch eine entsprechend kräftigere Inlandsnachfrage gesichert werden.“ Dazu seien Lohn- und Gehaltserhöhungen unerläßlich. Weiter meint Neemann: „Alles in allem trifft die Belastung auch in der Metallindustrie kaum mehr als 1 v.H. der Produktion. Dabei werden manche Firmen sogar trotz Einfuhrsteuer ihren Amerikaexport noch verstärken können, wenn sich jetzt dank der Konjunkturspritze Nixons dort die Nachfrage nach Maschinen wieder belebt.“

Die Gewerkschaftszeitung „Metall“ veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 31. August einige Fakten zur Lage in der Metallindustrie, die den Zweckpessimismus der Unternehmer entlarven. Die Analyse stützt sich auf Angaben der Unternehmer selbst. Danach ist zur Zeit die Konjunktur in der Metallindustrie stark differenziert mit Branchen, die glänzend und solchen, die weniger gut verdienen. In der konjunkturbestimmenden Investitionsgüterindustrie entsprachen Mitte dieses Jahres die Auftragsbestände im Schnitt einer Produktion von 6,2 Monaten, eine ganze Monatsproduktion mehr als im Höhepunkt des letzten Konjunkturzyklus 1965. Ende Juli 1971 beurteilten vier Fünftel der metallverarbeitenden Firmen ihre Geschäftslage als befriedigend oder ausgesprochen gut.

Alle Mitglieder aktivieren

Das bringen auch die Geschaftsbereichte großer Unternehmen zum Ausdruck. In den zurückliegenden Monaten dieses Jahres wurden häufig höhere Dividenden für das Geschäftsjahr 1970

IGM Nürnberg protestiert gegen Bonner Lohnattacken

Die Ortsverwaltung Nürnberg der IG Metall hat in ihrer Sitzung am 23. August 1971 eine Protestentschlieung angenommen und veröffentlicht, worin die jüngsten Äußerungen von Regierungssprechern gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik zurückgewiesen werden. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Mit Protest nimmt die Ortsverwaltung der IG Metall, Verwaltungsstelle Nürnberg, Äußerungen von Regierungssprechern zur Kenntnis, die für bevorstehende Tarifierhöhungen als oberste Grenze 7,5 Prozent setzen wollen. Die Regierungssprecher sollten sich darber im klaren sein, daß ihre Äußerungen einer staatlich verordneten Lohnleitlinie gleichkommen. Wo, so müssen sich die Gewerkschafter fragen, ist der bestimmende Hinweis an die Unternehmer, ihre Preispolitik zu überprüfen oder ihre Gewinnerwartungen zuruckzustecken? Will man schon heute bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen in der Metallindustrie Schützenhilfe für die Unternehmer leisten? Sind die Auswirkungen der Weisungen des amerikanischen Präsidenten nur von den Arbeitnehmern zu tragen?

Noch werden Tarife von den Tarifvertragsparteien vereinbart — so bestimmt es das Gesetz —, wobei die Gewerkschaften in der Vergangenheit immer wieder ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung bewiesen haben. Weil das so ist, muß der Appell, der vor allem an die Gewerkschaften gerichtet wurde, als Affront gegen die Arbeitnehmer betrachtet werden. Die Gewerkschaften werden sich zur Wehr zu setzen wissen.“

gezahlt. So erhöheten Daimler-Benz von 17 auf 18,5 Prozent, Krauss-Maffei von 16,1 auf 19,9, Buderus von 12,3 auf 15,3 und Hoesch von 10 auf 12 Prozent. Die zumeist mit verringerten Belegschaften erzielten Umsatzsteigerungen betragen u.a. bei Daimler-Benz 23,1 Prozent, Siemens 22, Krauss-Maffei 40, Buderus 21,2, Hoesch 19 und bei den Krupp-Hüttenwerken 13 Prozent. Das sind nur wenige Beispiele von vielen. Den Monopolen und Konzernen den Supergewinn zu beschneiden — darum geht es beim Kampf um höhere Löhne und Gehälter. Es darf ihnen nicht erlaubt werden, sich hinter der Lage der kleinen und Handwerksbetriebe zu verstecken. Die Gewerkschafter können sich nicht an dem letzten orientieren, das würde sozialen Stillstand und Rückschritt bedeuten.

Die 9- bis 11-Prozent-Forderung verlangt mehr denn je die volle Reall-

Holzarbeiter fordern mehr

Zu den rund 8 Millionen Beschäftigten, für die noch bis zum Jahresende Lohn- und Gehaltstarifvertrage kündbar sind (davon allein für rund 4,5 Millionen Arbeiter und Angestellte der Metallverarbeitung und eisenschaffenden Industrie) gehören auch etwa 500 000 in den verschiedenen Branchen der Bereiche Holz und Kunststoff. Für sie will die Gewerkschaft Holz und Kunststoff alle kündbaren Verträge aufkündigen und Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 10 und 11 Prozent fordern. Ferner soll stufenweise die Vereinbarung eines tariflichen 13. Monatslohns durchgesetzt werden.

Dies teilte der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Karl Heinz Schwark, Ende August in Düsseldorf mit. Einen entsprechenden Beschluß hatte unmittelbar zuvor der Tarifpolitische Ausschuß der Gewerkschaft gefaßt. Diese Marschroute soll für die Zeit bis zum Jahresende gelten. In diese Zeit fallen alle wesentlichen Tarifverhandlungen von Holzindustrie und Holzhandwerk.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat mit dem Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und dem Verband des Deutschen Tischlerhandwerks einen Bundestarifvertrag abgeschlossen, der vom 1. Januar 1972 an für die etwa 50 000 Beschäftigten im Bundesgebiet und in Westberlin „vermögenswirksame“ Leistungen vorsieht. Nach der Vereinbarung erhalten alle Arbeiter, Angestellte und Auszubildende dieses Wirtschaftszweiges „vermögenswirksame“ Leistungen in Hohel von 312 DM ab Januar 1972 und 458 DM ab Januar 1976.

sierung, ohne Abstriche. Dazu ist es ebenfalls mehr denn je notwendig, jedes Mitglied in den Kampf um höhere Löhne und Gehälter einzubeziehen. Man hört aus Kreisen des Vorstandes, daß manche verantwortliche Funktionäre in der Spitze am liebsten sähen, wenn sich die bezirklichen Tarifverhandlungen schlecht und recht bis nach dem Gewerkschaftstag hinzogen, um anschließend in einem Spitzengesprach ein dem Bundeswirtschaftsminister genehmes Ergebnis abzuschleifen.

Wachsamkeit ist geboten. Brenner möchte Schiller helfen, um die Wirtschaft flott zu bekommen und die Bundestagswahl 1973 vorzubereiten. Aber Schiller will die Unternehmer auf Kosten der Arbeiter kodern. Am besten ist der Konjunktur jedoch mit zahlungskräftigen Käufern geholfen. Darum muß die Forderung der IG Metall in voller Hohel durchgekampft werden.

Gerd Siebert

Metaller für aktive Lohnpolitik

Zahlreiche Anträge an den Gewerkschaftstag der IG Metall zu Fragen der Tarifpolitik — Vorstand will bremsen

Dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall liegt eine Fülle von Anträgen vor, die unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Lohnbewegungen der letzten drei Jahre und insbesondere der Septemberstreiks 1969 wichtige Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik enthalten. Schon 1969 hatte auf Initiative der Betriebsräte von Ford und Opel die 7. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder der IG Metall beschlossen, daß die Voraussetzungen zu schaffen sind, „die gesamte Mitgliedschaft in die Tarifbewegung einzubeziehen und nicht auszuschalten, wie dies bei zentralen Gesprächen der Fall war. Ohne Mitwirkung der Mitglieder dürfen keine Tarifverträge mehr abgeschlossen werden.“

Auch in diesem Jahr wollen die Mitglieder zahlreicher Verwaltungsstellen, daß die Arbeiter und Angestellten an jeder einzelnen Phase des Geschehens — von der Aufstellung der Forderung bis zur Diskussion und Annahme der Verhandlungsergebnisse — aktiv beteiligt werden. So fordert die Verwaltungsstelle Hagen (Antrag 319), „daß alle betroffenen Arbeitnehmer in jeder Phase der Tarifbewegung mit einbezogen werden. Voraussetzung ist dafür eine ständige und umfassende Information.“ Die Verwaltungsstelle Gelsenkirchen (Antrag 326) will, daß „die Mitgliedschaft, Vertrauenskörper und Betriebsräte bei der Entwicklung der Forderungen und der Durchsetzung der gestellten Forderungen stärker als bisher mit einzubeziehen“ sind.

Diese Anträge enthalten objektiv eine Kritik an der bisherigen Tarifpolitik des Vorstandes der IG Metall. Die Kritik ist begründet und konstruktiv. Ihr liegt die Erkenntnis zugrunde, daß nur bei einer Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie ein hohes Maß an gewerkschaftlicher Kampfkraft zu erreichen ist, und daß dies die unerläßliche Voraussetzung ist, um die Lohnleitlinien, verschämt auch Orientierungshilfen genannt, vom Tisch zu bekommen und höchstmögliche Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Allein aus diesem Grunde schlagen mehrere Verwaltungsstellen vor, die freiwillige Schlichtungsvereinbarung vom 1. Juni 1964 zum nächstmöglichen Termin, dem 31. Mai 1973, zu kündigen und kein neues Abkommen mehr abzuschließen. Wie das großbürgerliche „Handelsblatt“ vom 26. August 1971 aus dem Vorstand der IG Metall zu berichten weiß, soll der Vorstand diese Anträge zur Ablehnung empfohlen haben. Zugleich wurden mit Gesamtmetall Spitzengespräche über den Abschluß eines neuen Schlichtungsabkommens aufgenommen.

Die einfache Frage, die sich jedem Gewerkschafter stellt, ist die, wem die Schlichtung nützt, welchen Vorteil die Gewerkschaft von dem Abschluß eines Schlichtungsabkommens hat. Von führenden Gewerkschaftsfunktionären wird verschiedentlich behauptet, daß

die Schlichtung nicht mehr als ein Versuch sei, nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen auf friedlichem Wege doch noch zu einer Einigung zu kommen. Aber was soll das? Die Unternehmer haben doch die Möglichkeit, während der Tarifverhandlungen die gewerkschaftlichen Forderungen zu erfüllen. Sie wissen ganz genau, daß sie es nicht mit einem Mädchenpensionat zu tun haben und daß eine Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen für sie weitgehende Folgen hat.

Wenn sich Unternehmer- und Gewerkschaftsstandpunkt unversöhnlich gegenüberstehen, entscheidet das Kräfteverhältnis. Bisher war auch in der IG Metall — zumindest in Worten — unbestritten, daß Lohnfragen Machtfragen sind. Die Unternehmer können nicht überzeugt, sondern nur gezwungen werden. Sie werden nur das herausrücken, was sie müssen, und den Ausschlag über das Ausmaß der Lohnerhöhung gibt schließlich nicht das Sitzfleisch von Funktionären, sondern die Kampfbereitschaft der Gewerkschafter.

Je schneller die Gewerkschaften in der Lage sind zu handeln, je eher die Unternehmer die Kraft der organisierten Arbeiter und Angestellten zu spüren bekommen, desto besser ist das für das angestrebte Ergebnis. Jeder Gewerkschaftsfunktionär weiß, welcher Anstrengungen der betrieblichen Funktionäre es bedarf, um die Arbeiter und Angestellten über Wochen und Monate kampfbereit zu halten. Das wissen selbstverständlich auch die Unternehmer und aus diesem Grunde haben sie das entgegengesetzte Interesse.

Sie wollen unter allen Umständen verhindern, daß die Gewerkschaften schnell handeln. Sie versuchen, die Tarifverhandlungen möglichst lange hinzuziehen und auch durch die Schlichtung — und wenn es geht, durch eine politische Schlichtung — den Verhandlungszeitraum (ohne Kampfmaßnahmen) immer weiter auszuweiden. Sie wissen, daß das aus einer Schlichtung herauskommende Ergebnis immer unter dem liegt, das ein freies Kräftemessen für die Arbeiter und Angestellten erbringt.

Für die Arbeiter und Angestellten sowie ihre Gewerkschaft ist es am besten, wenn sie nach Ablauf der Tarifverträge an keinerlei Friedenspflicht mehr gebunden und voll handlungsfähig sind. Sie können dann entsprechend der von ihnen eingeschätzten Situation sofort in jeder Richtung handeln.

In mehreren Anträgen wird gefordert, daß Tarifverhandlungen grundsätzlich regional geführt werden sollen. Überbezirkliche Verhandlungen sollen nur nach Zustimmung der Mehrheit der Bezirkstarifkommissionen geführt werden (Antrag 319 der Verwaltungsstelle Hagen und 357 der Verwaltungsstelle Köln). Ein Antrag der Verwaltungsstelle Mannheim zu diesem Problem hatte auf dem letzten Gewerkschaftstag zwar die Mehrheit der Stimmen bekommen, da er aber zur Satzung eingereicht war, galt er als abgelehnt.

Regionale Verhandlungen sind jedoch kein Ziel an sich. Sie sind Mittel zum Zweck, um die Unternehmerfront an der schwächsten Stelle zu durchbrechen, um ein hohes Ergebnis zu erzielen, das dann auch in anderen Tarifbezirken als Richtschnur dienen kann. Im vorigen Jahr und in diesem Jahr gingen jedoch Hessen bzw. Hamburg voran und forderten weitaus geringere Beträge als andere Bezirke wollten, wobei deren Ausgangssituation verschlechtert wurde. Im Antrag 357 wird daher die Ansicht vertreten, daß künftig gewährleistet werden muß, daß sich die einzelnen Tarifbezirke nicht negativ festlegen. Aus diesem Grunde soll eine ständige Konsultation erfolgen, und auch im Antrag 319 wird „ein laufend aufeinander abgestimmtes Verhalten der Tarifkommissionen der einzelnen Tarifbezirke“ gefordert.

Hier handelt es sich um Grundprinzipien einer aktiven Lohnpolitik und es ist bemerkenswert, daß in der Entscheidung zur Tarifpolitik, die der Vorstand dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag vorlegen will, diese Prinzipien nicht zur Richtschnur des tarifpolitischen Handelns gemacht werden sollen.

Auch in der Haltung zur konzentrierten Aktion sollen die Anträge aus der Mitgliedschaft mißachtet werden. Obwohl nur ein Antrag (aus Hamburg) die konzentrierte Aktion befürwortet und ein großer Teil die Teilnahme daran strikt ablehnt, empfiehlt der Vorstand der IG Metall, sich weiterhin an der konzentrierten Aktion zu beteiligen. Der Vorstand behauptet, es sei ein falscher Eindruck, daß es bei der konzentrierten Aktion vor allem um die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften geht. Das ist jedoch graue Theorie. In der Praxis geht es um nichts anderes.

Im Antrag 131 der Verwaltungsstelle Tuttingen wird der Austritt aus der konzentrierten Aktion gerade damit be-

Für einheitliches Dienstrecht

Mehr gewerkschaftliche Mitbestimmung im öffentlichen Dienst Reform des Beamtenrechts ist dringend notwendig

Die Diskussion um die grundsätzliche Reform des Dienstrechtes ist in jüngster Zeit gekennzeichnet von verschärfter Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft ÖTV und dem Deutschen Beamtenbund mit seinen Landesverbänden. Betrachtet man die Reformvorschläge dieser Berufsstandsgruppe genauer, die zwar auch alle von Modernisierung des Dienstrechtes sprechen, so wird die Erhaltung des Gestrigen unter der Tarnung sichtbar. Dagegen sind die Reformforderungen der ÖTV grundsätzlicher Art sowie von gesellschaftspolitischer Bedeutung.

Nach der gegenwärtig geltenden Rechtsordnung besteht immer noch die Zweigleisigkeit im öffentlichen Dienst: Werden die Dienstbedingungen der Beamten ausschließlich vom Parlament festgelegt, gilt andererseits für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst das Tarifvertragsrecht mit freien Verhandlungsmöglichkeiten. Dieser Zustand soll beseitigt werden.

Im Grundgesetz Artikel 33 Absatz 4 heißt es zwar, daß die „Ausübung hoheitlicher Befugnisse... in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen ist, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen“, also nach traditioneller Rechtsauffassung

gründet, daß diese Institution den Arbeitern und Angestellten das Gefühl der sozialen Partnerschaft vermitteln soll. „Sowohl die Vergangenheit als auch die Gegenwart beweisen, daß es keine Sozialpartnerschaft gibt. Die Arbeitgeberverbände, die Bundesbank, der Sachverständigenrat und Teile der Regierung sehen in der konzentrierten Aktion das entscheidende Mittel zur Disziplinierung der Gewerkschaften.“

Wenn wir uns die im Durchschnitt 10prozentigen Lohnforderungen betrachten und berücksichtigen, daß der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, der Auffassung ist, daß ein Tarifabschluß schon dann als gut zu bezeichnen sei, wenn 75 Prozent Ausgangsforderung erreicht würden, so sehen wir, daß diese Forderung sich unter diesen Umständen genau an die Lohnleitlinien der Bundesregierung hält.

Es wird großer Anstrengungen der Delegierten bedürfen, um gestützt auf die in den Anträgen zum Ausdruck gebrachten Willensbekundungen der Mitgliedschaft, es nicht bei allgemeinen Lippenbekenntnissen für eine aktive Lohnpolitik zu belassen, sondern diese mit allen Konsequenzen zu beschließen und durchzusetzen.

Heinz Schäfer

Beamte sind. Statt dessen erfüllen Beamte und Angestellte in den Verwaltungen des Bundes, der Länder und Gemeinden seit Jahrzehnten gleiche Aufgaben und Tätigkeiten, obwohl die Rechtsbedingungen für ihre Anstellung, Bezahlung, Laufbahnen und Versorgung unterschiedlich sind.

Um so mehr sind die Forderungen der Gewerkschaft ÖTV gerechter Natur: Die Angleichung der Arbeits- und Sozialbedingungen der drei Beschäftigungsgruppen (Arbeiter, Angestellte und Beamte) soll über eine gründliche Neuordnung des Tarif- und Dienstrechts erfolgen. Insofern wird die Frage des einheitlichen Dienstrechts ein bedeutsames Thema auf dem nächsten Gewerkschaftstag der ÖTV im Mai/Juni 1972 sein.

Die kürzlichen Auseinandersetzungen um die Forderungen der Fluglotsen des Flugsicherheitsdienstes zeigen die ganze mißliche Lage des öffentlichen Dienstes, wenn es um die Durchsetzung von Forderungen geht. Vor Jahren noch im Angestelltenverhältnis, konnten die Fluglotsen, nachdem sie durch „freiwilligen Zwang“ in den Beamtenstatus übernommen worden sind, nur in der Rolle des Bittstellers auftreten. Die reaktionäre Verhaltensweise des Ministers Leber zwang diese Beamtengruppe unter Führung ihres Flugleiterverbandes zu Maßnahmen, die sie rechtlich in eine schlechte Situation brachten.

Ein Beweis mehr, daß es notwendig ist, endlich die Demokratisierung des künftigen Beamtenrechts und als ersten Schritt zur Schaffung eines einheitlichen Dienstrechts das Status- und Folgerecht für die Beamten durchzusetzen. Das Statusrecht soll die gesellschaftliche und arbeitsrechtliche Stellung der Beamten wie Laufbahneinstufung usw. festlegen. Mit dem Folgerecht sollen alle materiellen und sozialen Bedingungen wie Bezüge, Urlaub usw. geregelt werden, die nicht mehr vom Bund allein zu bestimmen, sondern zwischen ihm und der Gewerkschaft auszuhandeln sind — notfalls auch mit Streiks.

Daß vor Reformen nicht ausgewichen werden kann, zeigt die Bundesregierung mit der Einsetzung einer „Stu-

dienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstes“. Die Ergebnisse dieser Kommission werden den Kontrapunkt zu den Forderungen der Gewerkschaft ÖTV und des DGB setzen. Es wird im stärkeren Maße notwendig sein, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder umfassender als bisher aufklären und mobilisieren sowie mit Stellungnahmen auf die öffentliche Meinung einwirken. Gilt es doch den starken Widerstand reaktionärer politischer Kräfte und konservative Auffassungen einiger Landesverbände zu überwinden.

Durch die kürzliche Änderung des Artikels 74 a GG erhielt der Bund die alleinige Kompetenz in Fragen der Besoldung und Versorgung der Beamten. Allein aus dieser Sicht wirft sich die Frage auf, was wird bei künftigen Besoldungsverhandlungen sein? Wie werden auf Bundesebene die Länder und Gemeinden vertreten? Für den Bund spricht nach wie vor der Bundesminister. Wer wird für die Länder und Gemeinden auftreten? Bekanntlich konnten die Länder bislang im Alleingang die Verhandlungen mit den Gewerkschaften führen. Nunmehr ist hier ein Stück Mitbestimmung verlorengegangen.

Die ganze Tragweite des Problems wird bei den organisierten Beamten in den Bundesländern noch nicht erkannt. Der DGB und besonders die Gewerkschaft ÖTV werden in der nächsten Zeit weitaus energischer um ihre gewerkschaftliche Konzeption und Zielsetzung kämpfen müssen. K.H.

Besonders scharfe Ausbeutung jugendlicher Arbeiter

Länger als zulässig, zum Teil sogar über zehn Stunden täglich, müssen 53,2 Prozent der in der Landwirtschaft, im Gaststättengewerbe, im Friseurgewerbe und im Handwerk Baden-Württembergs beschäftigten Mädchen und 47,1 Prozent der Jungen unter 18 Jahren arbeiten. Das ergab die vom Landesarbeits- und Sozialministerium vorgenommene Befragung von 94 Prozent der berufstätigen Jugendlichen in Baden-Württemberg. Ein Drittel aller Berufsanfänger ist krank, und jeder dritte Jugendliche mußte auf Anraten der Ärzte seinen Berufswunsch ändern. Viele Jugendliche müssen gesetzlich verbotene Akkordarbeit verrichten. Jedem zehnten Lehrling werden sogar die vorgeschriebenen Ruhepausen vom Unternehmer verweigert.

Diese Beispiele, die als repräsentativ auch für andere Bundesländer angenommen werden müssen, zeigen die totale Unzulässigkeit des Jugendarbeitsschutzgesetzes und die besondere, verschärfte Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge.

Tarifverhandlungen in der Papiererzeugung

Für die Beschäftigten der papier-, papen-, zellstoff- und holzstoffherzeugenden Industrie haben in einigen Tarifbezirken Anfang September die ersten Tarifgespräche stattgefunden. Die IG Chemie - Papier - Keramik hat in den Bezirken unterschiedlich zwischen 9 und 9,8 Prozent Erhöhung der Löhne und Gehälter verlangt. Darüberhinaus sollen für Angestellte in den meisten Bezirken die unteren Gehaltsstufen abgebaut werden, damit höhere Gehälter schon früher erreicht werden können. Die Ausbildungsvergütung für Lehrlinge soll weit stärker als die prozentuale Forderung für die Arbeiter und Angestellten angehoben werden.

Mehr als 9 Prozent fordern nur die Tarifgebiete Hessen (9,5) und Rheinland-Pfalz (9,8 Prozent). Die Forderung in Bayern lag bei Redaktions-schluß noch nicht vor. In den Tarifbezirken Pfalz-Rheinessen und Düren sind die Tarifverträge erst zum 31. Oktober 1971 bzw. zum 31. August 1972 kündbar. Die Masse der Verträge in den übrigen Bezirken war bereits zum 31. August dieses Jahres gekündigt worden, so daß jetzt in dieser Branche tarifloser Zustand herrscht.

Lohn- und Gehaltserhöhungen für Kautschukarbeiter

Nach wochenlangen Verhandlungen konnte die IG Chemie - Papier - Keramik für die knapp 70000 Beschäftigten in der Kautschukindustrie Hamburgs, Niedersachsens und Hessens höhere Löhne und Gehälter vereinbaren — in Hamburg durch einen Schiedsspruch. Die Erhöhungssätze der Löhne und Gehälter betragen in Hamburg durchschnittlich 8 Prozent, in Hessen 7,5 bis 8 Prozent und in Niedersachsen nur 8 Prozent einschließlich einer Vorweganhebung. Während in Hamburg neben der Tarifierhöhung die Abfindungen bei Entlassungen (nach 15jähriger Betriebszugehörigkeit) um 10 Prozent angehoben wurden, konnten in den beiden anderen Tarifgebieten auch höhere Ausbildungsvergütungen vereinbart werden. Die Tarifverträge, die rückwirkend ab 1. Juli 1971 in Kraft traten, laufen zwölf Monate.

Ogleich die Lohn- und Gehaltserhöhungen etwas über denen in der chemischen Industrie liegen, wo für 14 Monate nur 7,8 Prozent oder — auf zwölf Monate umgerechnet — knapp 7 Prozent fixiert wurden, bedeutet der Abschluß in der Kautschukindustrie keine Steigerung der Reallöhne, da 1971 Preissteigerungen und Steuerzuwachs zusammen etwa 8 Prozent aufzählen werden. Die Unternehmer erklärten zu den Vereinbarungen in der Kautschukindustrie zufrieden: Weil sie sich im Rahmen der Orientierungsdaten der Bundesregierung hielten, habe man die Zustimmung erteilt.

IGM: Wichtige Entscheidungen

Zum 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden Mitglieder drängen zur Aktivität — Vorstand bremst

Vom 26. September bis 3. Oktober 1971 tagt in Wiesbaden der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall. Nach dem außerordentlichen DGB-Kongreß am 14. und 15. Mai in Düsseldorf ist der Wiesbadener Gewerkschaftstag der bedeutsamste des Jahres 1971. Dieses „Metallarbeiterparlament“, das die Interessen von mehr als 2 Millionen organisierten Metallarbeitern vertritt, wird mit seinen Beschlüssen und Entschleßungen Einfluß auf alle in der Metallindustrie Beschäftigten ausüben. Die Ergebnisse des Wiesbadener Gewerkschaftstages werden Echo in der gesamten organisierten Arbeiterschaft der Bundesrepublik finden und wesentlich zur Vorbereitung des nächsten DBG-Bundeskongresses 1972 beitragen.

Anzahl und Inhalt der vorliegenden Anträge zeigen, daß die organisierten Metallarbeiter an diesen Gewerkschaftstag große Erwartungen knüpfen und die Weichen in Richtung aktive und kämpferische Gewerkschaftspolitik für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt stellen wollen. Dagegen gibt es Bestrebungen des Vorstandes der IG Metall, solche Aktivitäten abzustopfen und einen Kurs zu steuern, der mit dem der Bundesregierung konform läuft. Entsprechende Vorstandsentschleßungen zu allen wichtigen Fragenkomplexen werden in Wiesbaden vorliegen. Dieser 10. Gewerkschaftstag wird also auch darüber entscheiden, ob der Integrationskurs Otto Brenners, der die Unabhängigkeit der IG Metall gefährdet und zu Lasten ihrer Erfolge geht, abgeblockt oder gar verstärkt fortgesetzt wird.

Für tiefgreifende Veränderungen

In der Stellungnahme zu den vorliegenden 1238 Anträgen (zum 9. Gewerkschaftstag waren es 643), kommt der Vorstand zu der richtigen Feststellung, daß „die Aktivität bei der Vorbereitung unseres Gewerkschaftstages außerordentlich erfreulich“ ist, und „beweist, daß unsere Mitglieder gewillt sind, Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern und die eigene Organisation weiter zu modernisieren“. Da man gleiches von den Vorstandsentschleßungen nicht so ohne weiteres sagen kann, ist ja wohl die Kluft zwischen dem Willen der Mitglieder und des Vorstandes offenkundig geworden.

Der Inhalt der überwiegenden Mehrzahl der Anträge zeigt auch, daß die Erfahrungen der Klassenkämpfe der letzten Jahre — vor allem der Septemberstreiks 1969 und der Lohnkämpfe 1970 — von den Mitgliedern kritisch verarbeitet worden sind. Diese in Anträgen formulierten Erfahrungen der Metallarbeiter mit der spätkapitalistischen Gesellschaft, sollen nach ihrem Willen — und nicht anders können und dürfen diese Anträge gewertet werden — Grundlage der Strategie und Taktik der IG Metall werden.

Dieses „Aufarbeiten“ der Erfahrungen der organisierten Metallarbeiter wird der Maßstab sein, mit dem dieser 10. ordentliche Gewerkschaftstag gemessen wird.

Die Mehrzahl der Anträge geht davon aus, daß die Metallarbeiter mit ihrer Gewerkschaft nur erfolgreich sein können, wenn um die Durchsetzung gewerkschaftspolitischer Forderungen und Vorstellung gekämpft wird. Auch die Materialien und Daten im Geschäftsbericht des Vorstandes bestätigen, daß die Klassengegensätze sich in unserem Lande verschärfen. Die wachsende Anzahl der Streiks im Jahre 1970 (in 400 Betrieben wurde gestreikt) ist keine Zufallerscheinung.

Entsprechend der Erkenntnis, daß zur Durchsetzung und Sicherung von Fortschritten im eigenen Lande die Sicherung des Friedens und Abbau der Rüstungslasten gehören, beschäftigen sich 28 Anträge mit diesem wichtigen Themenkreis. So fordern mehrere Anträge die sofortige Beendigung des Vietnamkrieges und den Abzug aller Amerikanischen und ausländischen Truppen aus Indochina. In Antrag 6 heißt es u. a.: „Der Gewerkschaftstag fordert die Bundesregierung sowie alle demokratischen Parteien und die gesamte Öffentlichkeit auf, sich eindeutig und klar für die Beendigung des Krieges in Vietnam einzusetzen.“

BRD soll weniger rüsten

Antrag 7 erhebt „erneut die Forderung nach Senkung der Rüstungsausgaben“ — ein Thema, welches ebenso wie das des Antrags 6 in den Vorstandsentschleßungen mit unverbindlichen Worten abgetan wird. Auch der Antrag 8 fordert klipp und klar, „den Verteidigungshaushalt um einige Milliarden zu kürzen. Die freiwerdenden Mittel könnten dem Gesundheitswesen, dem Umweltschutz sowie der Forschung zur Verfügung gestellt werden.“ Wie sehr Vorstandsmitglieder der IG Metall die Beziehung zu solchen realen Konzeptionen verloren haben, zeigt gerade in diesem Zusammenhang die Forderung Olaf Radkes

vom 20. August an die Bundesregierung, zum 1. Januar 1972 eine Erhöhung des Rentenbeitrages auf 18 Prozent vorzunehmen, um „die Liquidität der Rentenversicherung zu garantieren“, (die nur darum gefährdet ist, weil alle Bonner Regierungen, so auch diese, zu Gunsten der Rüstung laufend die Zuschüsse kürzten).

„Verträge ratifizieren!“

Nachdem nunmehr die von der Bundesregierung gemeinsam mit der CDU/CSU zur Vorbedingung erhobene „befriedigende Berlin-Regelung“ auf dem Tisch liegt, ist die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau dringender denn je. Die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz steht auf der Tagesordnung politischer Notwendigkeiten. Schon die vor der Westberlin-Regelung eingereichten Anträge forderten „die Bundesregierung auf, sich für eine baldige Ratifizierung der Verträge einzusetzen. Ferner soll die Bundesregierung das Vorhaben einer europäischen Sicherheitskonferenz ohne Vorbedingungen unterstützen.“ (Antrag 16) Diese Forderungen sind auch in weiteren Anträgen (Antrag 27) enthalten. So heißt es in Antrag 18: „Die Ratifizierung der Verträge sollte nicht durch zusätzliche Forderungen der Beteiligten gefährdet werden.“

Die Ratifizierung der Verträge macht den Frieden in Mitteleuropa sicherer. Auf ihrer Grundlage würden sich die Chancen der Ausweitung wirtschaftlicher Beziehungen verstärken. Eine stärkere Orientierung der westdeutschen Industrie im Export nach Osten würde Arbeitsplätze sicherer machen. Damit könnte auch der Gefahr entgegengewirkt werden, daß die Wirtschafts- und Finanzkrise der USA in andere Staaten, vor allem in die Bundesrepublik, exportiert würde. Diesem Zusammenhang zwischen Abbau der Spannungen nach Osten durch Ratifizierung der Verträge und Ausweitung des Handels mit größerer Sicherheit der Arbeitsplätze müßte durch den Gewerkschaftstag zum Anliegen aller Metallarbeiter gemacht werden. Dabei sollte klar herausgestellt werden, daß die Vertrags-Ratifizierung sich nicht im Selbstlauf vollzieht, sondern erkämpft werden muß.

Kampf gegen Neonazis

In mehreren Anträgen wird das Verbot der neonazistischen NPD und der Aktion Widerstand verlangt. Antrag 29 stellt fest, daß die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau geeignet ist, „den rechtsradikalen Organisationsformen den Boden für ihre Propaganda zu entziehen“. Antrag 32 fordert, „auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge auf(zu)decken, die den Hintergrund der faschistischen Aktivitäten bilden“. Es folgt der Hinweis auf

reaktionäre und nationalistische Aktivitäten von „bestimmten Personen und Gruppierungen der CDU/CSU“. Und Antrag 36 sagt: „In unserem kapitalistischen Gesellschaftssystem ist der Faschismus nichts anderes als eine Ausdrucksform des Kapitalismus.“ Den Rechtsradikalen müsse „gemeinsam und entschlossen entgegengetreten werden“.

Auch diese Richtung, die im Grunde eine heftige Kritik vieler Metallgewerkschafter an der Toleranz der Bundesregierung gegenüber neonazistischen Kreisen darstellt, scheint einigen Leuten im Vorstand nicht zu passen. In der Vorstandsentschließung XIV werden — scheinbar objektiv — Maßnahmen gegen „rechts und links“ gefordert. Kommunisten werden wieder einmal mit Nazis in einen Topf geworfen. Die geschichtliche Erfahrung, daß „die Linken“ in Deutschland immer auf der Seite der Gewerkschaften im Kampf gegen nationalistische und faschistische Volksverderber standen und stehen, wird einfach ignoriert. Lebten Marx und Bebel heute — Otto Brenner wäre vermutlich ihr erbitterter Gegner.

Die Initiatoren der Entschließung mögen sich mit dem Hinweis herauszureden versuchen, daß „nur“ Maoisten und andere Linksextremisten gemeint sind, deren „Strafverfolgung“ und „eventuelles Verbot“ der IG-Metall-Vorstand fordert. Aber darum geht es nicht; es geht vielmehr darum, daß der Vorstand, wenn auch ungewollt, das politische Geschäft der Reaktion besorgt, die durch Überbetonung einer angeblichen „Gefahr von links“ von ihrer tatsächlichen Totengräberarbeit an der Demokratie ablenken will. Die Vorstandsentschließung muß ersatzlos verworfen werden. Die Anstachelung antikommunistischer Emotionen ist doch wohl ein Feld, auf dem die „Bild-Zeitung“ und übrige Springer-Presse bereits bis zum Überdruß ackern.

Austritt aus der konzertierten Aktion

Die 15 Anträge zur konzertierten Aktion deuten darauf hin, daß diese Problematik auf diesem Gewerkschaftstag Gegenstand einer breiten Diskussion sein wird. Die Forderung in einigen Anträgen, die konzertierte Aktion „transparenter“ zu machen, täuscht nicht darüber hinweg, daß die Metallarbeiter in dieser Einrichtung ein gegen ihre Interessen gerichtetes Instrument sehen, das die Tarifautonomie „beschränkt und ernsthaft gefährdet“. Darum ist die „weitere Teilnahme an der konzertierten Aktion abzulehnen“ und „der Austritt zu fordern“. (Antrag 131)

Unmißverständlich heißt es in Antrag 126: „Die konzertierte Aktion hat sich nicht bewährt. Entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption hat sie sich zu einem Instrument entwickelt, wel-

ches sich einseitig gegen die Arbeitnehmer und ihre Interessen richtet. Die mit der konzertierten Aktion verbundene soziale Symmetrie ist ein Lippenbekenntnis geblieben. Den Arbeitnehmern werden die Lasten sowohl der Rezession als auch der Konjunktur voll auferlegt. Der unsoziale Konjunkturzuschlag ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß selbst eine Hochkonjunktur zu Lasten der Arbeitnehmer gehen kann. Die Delegierten fordern deshalb entschieden den Austritt aus der konzertierten Aktion.“

Fast alle Anträge hierzu fordern vom DGB und der IG Metall den Austritt aus der konzertierten Aktion oder stellen für das Verbleiben Bedingungen, die Regierung und Unternehmer nie zu erfüllen gedenken. Die Anträge zu diesem Thema verdeutlichen, daß in der IG Metall (aber auch in anderen Gewerkschaften) alle Vorschußlorbeeren auf Schillers Wundergebilde verwelkt sind und sich einzig und allein die skeptischen Vorhersagen der kritischen sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschafter bewahrheitet haben: die konzertierte Aktion soll zum Nutzen des Kapitals die Gewerkschaften disziplinieren und auf staatliche Leitlinien festlegen. — Dieser Gewerkschaftstag sollte den fälligen Austritt beschließen und die Vorstandsentschließung II, die die konzertierte Aktion verteidigt, ablehnen.

Grundlegende gesellschaftliche Reformen

Eine Anzahl positiver Anträge gibt es auch zum Bereich Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Antrag 63 beispielsweise verlangt eine „kämpferische Gewerkschaftspolitik“ zur Zurückdrängung der „konservativen Einheitsfront“ in der Bundesrepublik und erinnert daran, daß das Grundgesetz „auch andere Ordnungen als den sogenannten sozialen Kapitalismus“ zuläßt. Der Gewerkschaftstag soll Maßnahmen „zur Einschränkung der Macht der Monopole und Konzerne, für die Durchsetzung grundlegender gesellschaftlicher Reformen im Interesse der Arbeitnehmer und des gesellschaftlichen Fortschritts“ beschließen.

Zugunsten gesellschaftlicher Reformen fordern die Anträge 65 und 66 die Einschränkung des Rüstungshaushaltes. Die „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum“ fordern u. a. die Anträge 68, 69 und 175. Elf Anträge fordern paritätische Mitbestimmung in allen Großunternehmen und ein besseres Betriebsverfassungsgesetz.

In Antrag 80 wird der Vorstand der IG Metall aufgefordert, „ein Sofortprogramm mit gestuften gewerkschaftlichen Aktionen für die Durchsetzung eines verbesserten Betriebsverfassungsgesetzes auf der Grundlage der vom DGB erarbeiteten Vorschläge“ zu beschließen. Antrag 83 verlangt:

Bergarbeiterkongreß 1971

Diskussion über die Tarifpolitik wird gefordert Abgrenzung der IGBE gegenüber Ruhrkohle AG notwendig

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat für die Zeit vom 30. September bis 1. Oktober 1971 einen außerordentlichen Kongreß nach Oberhausen einberufen. Auf der Tagesordnung stehen bisher: „Beratung und Beschlußfassung über eine Änderung der Satzung“ und Nachwahlen. Die 300 gewählten Delegierten von zur Zeit etwa 260 000 IGBE-Mitgliedern müssen gleich zu Beginn über eine bereits beantragte Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Tarifpolitik“ entscheiden. Der entsprechende Antrag Nr. 1 findet beim Hauptvorstand der IGBE leider keine Gegenliebe. Nach den Vorstellungen der IGBE-Führungsspitze soll die besonders nach den letzten Tarifabschlüssen notwendig gewordene Diskussion zur Tarifpolitik auf den fast ein Jahr später stattfindenden ordentlichen Kongreß der IGBE in Hannover verschoben werden.

„Ich wäre froh, wenn auf dem Kongreß in Oberhausen dieser Antrag abgelehnt würde.“ So äußerte sich IGBE-Vorsitzender Adolf Schmidt in diesen Wochen vor Delegierten. Die Begründung zum Antrag Nr. 1 macht deutlich, wie wichtig dieser Antrag für die weitere gewerkschaftliche Tätigkeit ist: „Die Tarifbewegungen der jüngeren Vergangenheit, insbesondere die zum 1. Juni 1971, haben in mehrfacher Beziehung zu erheblicher Kritik in der Mitgliedschaft geführt. Zur Klärung der Standpunkte und der gegenseitigen Information über die Vorgänge der Vergangenheit und über die Ziele der Zukunft ist eine Diskussion erforderlich. Der Vorgang der letzten Tarifbewegung bedarf einer Diskussion auf dem

außerordentlichen Gewerkschaftskongreß.“

Insgesamt liegen den Delegierten 99 Anträge zur Entscheidung vor. Die darüber hinaus gestellten Anträge blieben im „Filter“ der Bezirkskonferenzen hängen. Breiten Raum nehmen Anträge zur Beitragstabelle, zu Jubilanzuwendungen, Sterbegeld, zur umstrittenen Freizeitanfallversicherung usw. ein.

Bemerkenswert ist u. a. Antrag Nr. 4. Darin wird gefordert: „Der § 5 Absatz d (Überführung des Bergbaus und der Energiewirtschaft in Gemeineigentum) bleibt in vollem Umfang und Wortlaut erhalten.“ Hier wird Sorge und Mißtrauen spürbar, daß

die alte und noch aktuelle Forderung der Bergarbeiter preisgegeben werden könnte. Die Ursache dafür mag zusammenhängen mit dem Verhalten von Gewerkschaftsführern, die die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln als bedeutungslos hinstellen und so praktisch das großkapitalistische Eigentum verteidigen.

Die Anträge 50 bis 52 nehmen zu Fragen von Urabstimmung und Streik Stellung. Die heute noch notwendige Dreiviertel-Mehrheit für einen Streikbeschuß soll danach auf eine Zweidrittel-Mehrheit reduziert werden. Zusätzlich fordern die Antragsteller, daß nach erfolgter Urabstimmung der Hauptvorstand einen Streik beschließen „muß“.

Antrag 75 dient der Aktivierung gewerkschaftlicher Tätigkeit auf den Schachtanlagen. Die „Vertrauensmännerkreise“ sollen „gewählt“ und nicht mehr nur gebildet werden. Bessere und frühzeitige Information vor und nach Tarifvereinbarungen fordert Antrag 98. Bei diesem Antrag standen unangenehme Erfahrungen Pate.

Es wird auf diesem außerordentlichen Kongreß auch wichtig sein, der Einschätzung bisheriger und der Formulierung zukünftiger Gewerkschaftspolitik den notwendigen Zeitraum zu geben. Ein Aufschieben bis zum geplanten ordentlichen Kongreß in Hannover, wie der Vorstand es wünscht, würde wenig Verständnis bei der Mitgliedschaft finden.

Während einer Diskussion über die Beitragshöhe gab es eine Feststellung des Vorsitzenden Schmidt, der nicht zugestimmt werden kann: „Wir leben in einer kapitalistischen Ordnung. Da hilft uns keine Macht heraus!“ Während die erste Feststellung stimmt, bedeutet die zweite Kapitulation, Einordnung in den monopolistischen Staat. Eine Zementierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems kann nicht den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen.

Die raue Wirklichkeit in den Betrieben zelt: Die Sorgen der Bergarbeiter sind nach Bildung der privatkapitalistischen Ruhrkohle AG nicht weniger geworden. Die Probleme werden noch komplizierter. Betriebsräte können ein Lied davon singen. Sie mußten besonders in der letzten Zeit oft als „Prellbock“ herhalten.

Stilllegungen, Rationalisierung und Leistungssteigerung werden noch mehr unangenehme Begleiterscheinungen für die Belegschaft mit sich bringen. Vor diesem Hintergrund findet Ende September der Oberhausener Kongreß statt. Neben der Erledigung wichtiger Satzungsfragen ist eine Stellungnahme und Diskussion erforderlich, die deutlich macht, daß IG Bergbau und Ruhrkohle AG zwei Paar Schuhe sind.

„Der Kampf um die paritätische Mitbestimmung muß erneut in den Mittelpunkt unserer Gewerkschaftspolitik gestellt werden. Sie muß als die Zurückdrängung des unbeschränkten Machtanspruchs des Großunternehmers und die Errichtung einer wirksamen Gegenmacht der Arbeiter und Angestellten verstanden werden.“

Tarifpolitik zentrales Thema

Neben den Anträgen zur Satzung (537 Anträge) gingen zu den verschiedenen Problemen der Tarifpolitik die meisten Anträge (173) ein. Dabei muß gesehen werden, daß ein beträchtlicher Teil der Anträge zur Satzungsänderung und -ergänzung ihren Ausgangspunkt in den Lohnkämpfen der letzten zwei Jahre hat. Zweifellos wird die Tarifpolitik ein zentrales Thema des Gewerkschaftstages sein. Die Forderung nach Weiterführung der aktiven Lohn- und Tarifpolitik als wichtigstem Bestandteil gewerkschaftlicher Politik schlechthin, ist in vielen Anträgen enthalten. (Siehe auch Seite 6)

Die in den mehr als 1200 Anträgen aufgeworfenen Probleme und erhobenen Forderungen sind außerordentlich vielseitig. Dazu gehören auch solche Fragen wie Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften im EWG-Raum, Senkung des Rentenalters ohne Rentenminderung, Verbindlichkeit von DGB- und Gewerkschaftsbeschlüssen für gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete usw.

Ein hoher Anteil der eingereichten Anträge verdient die volle Unterstützung der Delegierten des Gewerkschaftstages, um die oben genannten Fragen einer positiven Lösung zuzuführen. Alle Versuche des Vorstandes, klare Aussagen zu verwässern, müssen im Interesse einer wirksamen und unzuweideutigen Politik der IG Metall zurückgewiesen werden. Der Gewerkschaftstag der IG Metall, der fast ein Drittel aller DGB-Mitglieder repräsentiert, wird mit seinen Entscheidungen wichtige Marktsteine für die gesamte Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre in der Bundesrepublik setzen.

Vossen/Siebert

Manfred Sokolof

Konzertierte Aktion verlassen!

Vor 9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier Für aktive Tarifpolitik und fortschrittliches BetrVG

Vom 24. bis 30. Oktober 1971 findet in Nürnberg der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier statt. Die Welchen dazu sind in den vergangenen Monaten auf den Landesbezirkstagen gestellt worden. Zweifelloso werden Tarif- und Wirtschaftspolitik auf dem Gewerkschaftstag die entscheidende Rolle spielen.

Schon auf dem letzten Gewerkschaftstag in Koblenz hat die IG Druck und Papier ihre kritische Stellung zu Schilfers konzertierter Aktion deutlich gemacht. In Nürnberg steht die Forderung des Landesbezirks Hessen auf der Tagesordnung, sich endgültig aus der konzertierten Aktion zu lösen, weil sie zur Irreführung der Öffentlichkeit „über das bedenkenlose Profitstreben der Kapitalbesitzer“ beigetragen hat.

Tarifpolitisch steht erneut ein Entwurf des Hauptvorstandes zur Einführung eines differenzierten Lohngefüges auf der Tagesordnung, über den es in der Organisation sehr geteilte Meinungen gibt. Auf einer Landesbezirksarbeitsstung am 19. Juni in Nordrhein-Westfalen wurde der mehrfach überarbeitete Vorstandsentwurf scharf abgelehnt und ein Alternativvorschlag entwickelt. Als Hauptziel wurde dabei herausgestellt, die übertariflichen Löhne durch eine stufenweise Vorweganhebung der Tariflöhne einzufangen. „In der Endstufe soll die Differenzierung bei den Facharbeitern beseitigt sein.“ Das würde bedeuten, alle auf die bisherigen 120 Prozent der Maschinensetzer anzuheben. Die „Tätigkeitsgruppen für Hilfskräfte sollen von derzeit fünf auf drei Lohngruppen reduziert“ werden.

Neben diesem interessanten Vorschlag wird auch der Landesbezirk Bayern auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg mit einem Alternativvorschlag vertreten sein. Die Diskussion wird sich zweifelloso darauf konzentrieren, in welcher Weise die aktive Lohnpolitik der IG Druck und Papier, die an der Spitze der Lohnskala innerhalb des DGB steht, weiter forciert werden kann. Besondere Sorge gilt dabei der Erhaltung der Tarifautonomie.

Ein weiterer gewerkschaftspolitischer Schwerpunkt ist der Kampf um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz. Damit haben sich fast alle vorangegangenen Landesbezirkstage beschäftigt. Einstimmig forderte der Landesbezirkstag in Nordrhein-Westfalen zu einem Marsch auf Bonn auf, um die Forderungen des DGB gegenüber den Abgeordneten des Bundestages nachdrücklich zu vertreten.

Der Ortsverein Köln der IG Druck und Papier schrieb an den Chefredakteur der Zeitung „druck und Papier“, Eugen Stotz, der den Marsch auf Bonn

in einem Leitartikel verunglimpft hatte: „Während die ehrenamtlichen Funktionäre in unseren Ortsvereinen oft unter aufopferungsvollem Einsatz versuchen, möglichst viele Kollegen am Arbeitsplatz von den Gefahren, die von der Regierungsvorlage zum Betriebsverfassungsgesetz ausgehen, zu überzeugen und zu aktivieren, versucht Eugen Stotz demgegenüber, Grenzen für unsere Aktivitäten aufzurichten. An welche Möglichkeiten sollen unsere Mitglieder denn noch glauben, wenn parteiintegrierte Funktionäre unserer Gewerkschaft (und nicht nur unserer) jede weitere Aktivität zu ersticken versuchen?“

In anderen Stellungnahmen wurde Stotz vorgeworfen, eine geradezu gewerkschaftsfeindliche Haltung anzunehmen. Es ist absehbar, daß die nicht selten neben der Gewerkschaft stehende Publizistik des Chefredakteurs von „druck und papier“ auf dem Gewerkschaftstag ihr Nachspiel haben wird.

Noch liegt das gesamte Antragsheft den Delegierten nicht vor. Die Antragskommission hat sich aber bereits am 13. Juli mit den allgemeinen politischen Anträgen befaßt. Hier steht die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau im Vordergrund, dazu die Forderung nach einer europäischen Sicherheitskonferenz und nach Durchführung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz. Die Kontakte zu den osteuropäischen Gewerkschaften werden begrüßt, die Aufnahme von Kontakten zum FDGB nachdrücklich gefordert.

In einem Antrag des Landesbezirks NRW wird eine enge Zusammenarbeit im Bereich der EWG gefordert, wobei die Zugehörigkeit zum IBFG oder WGB kein Hindernis sein dürfe: „Der konzentrierten Aktion der Union der europäischen Industrie gegen die europäischen Arbeitnehmer ist mit einem solidarischen Handeln aller EWG-Gewerkschaften zu begegnen.“

Zahlreiche Anträge befassen sich mit der Gefährdung durch den Rechtsradikalismus in der BRD. Gefordert wird das Verbot der „Aktion Widerstand“, die Auflösung der NPD und der Entzug öffentlicher Mittel für nationalstische und revanchistische Organisationen einschließlich der Vertriebenenverbände. An die DGB-Ver-

treter in den Jugendringen richtet sich die Aufforderung, sich weiterhin für den Ausschluß der „Deutschen Jugend des Ostens“ einzusetzen.

Umweltschutz, Maßnahmen gegen Miet- und Bodenwucher sind weitere Forderungen im Antragskatalog. 13 Anträge beschäftigen sich zum Teil recht ausführlich mit der Steuerpolitik. Gefordert wird dabei u. a. die Gewährung eines erhöhten Arbeitnehmerfreibetrages; Einführung der Lohnsteuerfreiheit für Urlaubs- und Weihnachtsgeld bis zur Höhe eines Monatslohnes; feste Prozentsätze für Werbungskosten (mindestens 15 Prozent) und Sonderausgaben (mindestens 25 Prozent) des steuerpflichtigen Einkommens von Arbeitnehmern; Heraufsetzung der Kilometerpauschale; unverzüglich Rückzahlung des Konjunkturzuschlages; Unterbindung der Steuerflucht ins Ausland usw.

Von großer politischer Bedeutung ist ein Antrag des Landesbezirks Bayern zur Verbindung der IG Druck und Papier mit den Schriftstellern in der Bundesrepublik. Ein besonderer Ausschuß soll die Kontakte zum Schriftstellerverband intensivieren. Langfristig soll in Verbindung mit anderen Gewerkschaften innerhalb des DGB die Frage erörtert werden, ob es sinnvoll ist, in einer „Gewerkschaft Kultur“ alle auf dem Kommunikationssektor tätigen Arbeiter, Angestellten und freien Mitarbeiter zusammenzufassen.

Nachdem die bisherige Frauenvertreterin, Ursula Kraus-Schäufele, zu erkennen gegeben hat, daß sie auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg nicht mehr für den Hauptvorstand kandidieren werde, wurde die Funktion neu ausgeschrieben. Es bewarben sich die Kolleginnen Wimmer und Kessler. Nach einer Tagung des Hauptvorstandes in Westberlin steht nunmehr fest, daß als Nachfolgerin die Kollegin Kessler vorgeschlagen wird. Sie bekleidete bisher die Funktion einer Rechtssekretärin im DGB. P. B.

Gewerkschaftstag der GGLF

In Bad Harzburg findet in der Zeit vom 10. bis 13. Oktober 1971 der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) statt. 95 stimmberechtigte Delegierte werden über 61 Anträge beraten, die zum Antragschluß Mitte August vorlagen. Dabei geht es hauptsächlich um organisatorische und tarifpolitische Fragen.

Der einzige Antrag zu politischen Fragen fordert „befriedigende Vereinbarungen“ über Westberlin, „damit die Verträge von Moskau und Warschau endlich durch den Bundestag ratifiziert werden können“.

Argumente ohne Beweiskraft

Dollarkrise hat keinen Einfluß auf Ertragslage Preissteigerungen zehren Lohnerhöhung auf

Die handelspolitischen Maßnahmen der Nixon-Regierung als Folge der Dollarkrise kommen den Unternehmern in der Bundesrepublik zur diesjährigen Lohnrunde wie gerufen. Sie nehmen diese Gelegenheit zum Anlaß, gegen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten und ganz speziell gegen die Forderungen der Metallarbeiter, deren Verträge zum 30. September 1971 gekündigt wurden, Sturm zu laufen. Schützenhilfe bekommen sie dabei von der großbürgerlichen Presse und besonders vom Deutschen Industriestift als Interesserverleiher der Konzerne und Monopole, das die Behauptung aufstellt, die Handelsbeschränkungen der US-Regierung führten „zu einem Ruin des deutschen Amerika-Exports“.

Tatsächlich kann von einer ernsthaften Gefahr für den Export nach den USA nicht gesprochen werden. Abgesehen davon, daß nur 9,1 Prozent der Gesamtausfuhr aus der Bundesrepublik in die USA gehen, wird der wichtigste Exportartikel, nämlich Autos, die rund ein Viertel des Exportvolumens ausmachen, vom 10prozentigen Importzuschlag der Nixon-Regierung nicht betroffen, weil gleichzeitig die bisherige 7prozentige Kauftaxe, die in den USA auf bestimmte Artikel, wie z. B. Autos, erhoben wird, wegfällt. Nach einer Feststellung des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung ist aber auch für andere Industriezweige die Beeinträchtigung des Amerika-Exportes „nicht besorgniserregend“.

Das gleiche erklärt die IG Metall in einer Pressemitteilung, in der es heißt, daß die Maßnahmen der USA keine „Katastrophenstimmung“ rechtfertigen, weil nur 3 bis 4 Prozent des Umsatzes der Metallindustrie nach den USA gehen. Die Absicht der Unternehmer, aus den wirtschaftspolitischen Maßnahmen Nixons „Kapital für die bevorstehenden Tarifbewegungen zu schlagen“, sei allzu durchsichtig.

Nun ist es für die Gewerkschaften nichts Neues, wenn die Unternehmer Lohnverhandlungen mit Klageledern einleiten und vor wie nach jedem Tarifabschluß den Ruin der Wirtschaft prophezeien. Es ist darum nicht zufällig, wenn sich in diesen Wochen Zeitungsberichte über Betriebsstilllegungen und Produktionseinschränkungen häufen. Es gibt zwar in einer Reihe Betriebe wirtschaftliche Schwierigkeiten, die zu Entlassungen und Kurzarbeit führten bzw. führen werden. Untersucht man jedoch die Situation in diesen Unternehmen, so ist festzustellen, daß der Grund für Krisen nicht etwa im „Lohnkostendruck“ zu suchen ist, sondern in mangelhaften Leistungen des Managements oder in der Absicht der Konzerne, Tochterbetriebe aufzugeben, deren Rentabilität den Profitvorstellungen der Konzernleitungen nicht mehr entspricht.

Hierzu einige Beispiele: Im Ulmer Magirus-Werk, ein Teilbetrieb des

Klöckner-Humboldt-Deutz-Konzerns, müssen 4500 Arbeitnehmer kurzarbeiten, weil die Unternehmensleitung sich bei der Produktion von Lastwagen verkalkuliert hatte. Das Volkswagen-Werk, „Nationalmonument“ der Bundesrepublik, hat im vergangenen Jahr Gewinneinbußen erlitten und gerät in Gefahr, ohne Gewinn abzuschließen. Auch hier liegen die Ursachen in einer falschen Geschäftspolitik der Konzernführung, und die am 24. September stattfindende Aufsichtsratsitzung will darum den verantwortlichen Generaldirektor Lotz abhelfern.

Besonderes Aufsehen erregte in der Öffentlichkeit die zu erwartende Stilllegung der renommierten Braunschweiger Voigtländer-Werke, die vor Jahren von der Zeiss-Ikon AG übernommen wurden. In diesem Unternehmen werden fast 2000 Belegschaftsmitglieder ihren Arbeitsplatz verlieren, ohne die Sicherheit zu haben, einen neuen Arbeitsplatz in Braunschweig zu finden. Der Betriebsleitung wird der Vorwurf gemacht, nicht rechtzeitig genug auf moderne Prouktionsmethoden und marktgängige Fotoapparate umgestellt zu haben, aber der Betriebsrat spricht davon, daß die Zeiss-Ikon AG im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen den Betrieb liquidieren will. Schließlich gibt es Schwierigkeiten im Schuhkonzern Salamander, der in eine Absatzkrise geriet, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Man könnte diese Beispiele beliebig vermehren, immer aber ist festzustellen, daß nicht die Löhne und Gehälter für Produktionskrisen der Betriebe verantwortlich sind, sondern Unfähigkeit der Unternehmensleitungen und das Profitstreben der Konzerne, die ohne Rücksicht auf die Arbeiter und Angestellten ihren Herrschaftsbereich arrondieren und Tausende von Existenzen dabei vernichten.

Es gibt keine Argumente, den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften die Berechtigung zu angemessenen Lohnforderungen abzusprechen. Allen Beschäftigungsversuchen der Bundesregierung zum Trotz steigen die Preise unvermindert wei-

ter an und nähern sich der 6-Prozent-Grenze. Der Lebenshaltungsindex für einen Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt ist seit Juli 1970 um 6,2 Prozent angestiegen. In der gleichen Zeit erhöhten sich die Dienstleistungen um 6,7 und die Mieten um 6,2 Prozent.

Zur Zeit bereitet die Bundesregierung im Hinblick auf den Bundesetat 1972 neue Steuererhöhungen für Mineralöl, Tabak und Branntwein vor, und die Bundesbahn will im nächsten Jahr die Tarife im Berufs-, Schüler- und Sozialverkehr um 10 bis 15 Prozent erhöhen, nachdem die Bundespost mit zum Teil erheblichen Steigerungen ihrer Gebühren begonnen hat. Sicher ist, daß 1972 Strompreiserhöhungen zu erwarten sind, die sich um 10 Prozent bewegen und auch Industriegüter um 3 bis 5 Prozent hinaufgehen.

Wenn die IG Metall ihre Lohnforderungen auf 9 bis 11 Prozent begrenzt, wird sie kaum eine reale Einkom-

**Besser informiert
durch
NACHRICHTEN**

menserrhöhung für ihre Mitglieder erreichen können. Denn nicht nur die schon erfolgten Preissteigerungen vermindern eine Lohn- und Gehaltserhöhung, sondern auch die zu erwartende Preisentwicklung läßt befürchten, daß mit einer 10prozentigen nominalen Lohn- und Gehaltserhöhung bestenfalls die bisherigen Realeinkommen der Metallarbeiter abgesichert werden können.

Die für viele Metallarbeiter unverständliche Zurückhaltung der Großen Tarifkommissionen entspricht auch keineswegs den Forderungen der Betriebskollegen. Die auf unzulängliche 9 bis 11 Prozent zurückgeschraubte Lohnforderung steht auch im Widerspruch zu vielen Anträgen an den 10. Gewerkschaftstag der IG Metall, in denen energische Maßnahmen gegen Preissteigerungen gefordert werden und verlangt wird, „den durchgeführten Preiserhöhungen bei den im Herbst durchzuführenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen Rechnung zu tragen“ (Antrag der Verwaltungsstelle Essen). Und ein Bremer Antrag fordert, daß zur Vorbereitung künftiger Tarifpolitik die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt werden soll, „daß für Preissteigerungen ausschließlich die Unternehmer und deren Profitstreben verantwortlich gemacht werden müssen“.

sr

Keine „große Lösung“

Bonner Gesetzesplan zementiert Vermögensverteilung Vermögenskonzentration in der BRD weiter verschärft

Zur Konzentration gesellschaftlicher Macht in der BRD stellte das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) kürzlich fest: „Die Hauptentscheidungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich werden nur von wenigen hundert Personen getroffen.“ Diese Personengruppe verfüge über die sozialökonomische Macht und sei im wirtschaftlichen Bereich direkt und im gesellschaftlichen Bereich indirekt „mit den Großunternehmen und Konzernen, den Großbanken und großen Kapitaleigentümern verbunden“ (DGB-Nachrichten-Dienst vom 16. 8. 1971). Der von der Bundesregierung laut Beschluß vom 11. Juni 1971 in Aussicht gestellte Gesetzentwurf für „eine große Lösung“ der „Vermögensbildung der Arbeitnehmer“ will weder diese Vermögenskonzentration antasten noch den Gewerkschaften Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verschaffen.

Nach einer jetzt veröffentlichten Studie des Bonner Wirtschaftswissenschaftlers Siebke hat die Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik noch weiter zugenommen. Hatten im Jahre 1960 nur 1,7 Prozent aller Haushalte bereits 70 Prozent des Produktionsvermögens in ihren Händen, erhöhte sich dieser Anteil für die gleiche Personengruppe bis 1966 auf 74 Prozent. In den Händen dieser kleinen Minderheit von weniger als zwei Prozent der rund 21 Millionen Haushalte befanden sich zugleich 90 Prozent des gesamten Aktienkapitals, was die immer wieder behauptete breite Streuung der Aktien Lügen straft.

Die Zunahme der Vermögenskonzentration zugunsten weniger hundert Milliardäre und Multimillionäre bedeutet nicht nur eine verstärkte Konzentration ökonomischer Macht, sondern auch eine weiter wachsende politische Macht. Letztere wird nach Feststellungen des WWI vor allem über den Einfluß „in den kapitalorientierten Verbänden, in bestimmten Parteien, in der Staatsbürokratie, in der Publizistik sowie im Erziehungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich“ im Profitinteresse ausgeübt. Diese „einmalige Machtfülle“ werde entweder nur unzureichend oder überhaupt nicht demokratisch kontrolliert.

Angesichts dieser Situation kann die Schlußfolgerung für die Gewerkschaften nur lauten, den Kampf für eine wirksame Mitbestimmung und Kontrolle aufzunehmen sowie die Überführung der Schlüsselindustrien, der großen Bank- und Versicherungskonzerne in Gemeineigentum zu fordern. Jedoch hat stattdessen der DGB-Bundesvorstand das von der Bundesregierung für den Spätherbst in Aussicht gestellte Gesetzesvorhaben für eine große Lösung der „Vermögensbildung der Erwerbstätigen“ begrüßt. Ebenso wie mit dem 312-DM- bzw. 624-DM-Gesetz die Vermögenskonzentration in den Händen weniger noch verstärkt wurde, wird auch mit dem geplanten neuen Gesetz an den bestehenden staatsmonopolistischen

Macht- und Besitzverhältnissen nicht das geringste geändert. Vielmehr werden einerseits Illusionen in die Arbeiterklasse getragen, als könne man Produktionsvermögen erwerben und andererseits sollen die Arbeiter gezwungen werden, ihre Konsumtion zugunsten der Unternehmer und des Staates für zusätzliche Investitionsmittel einzuschränken.

Gegenwärtig wird in Bonn auf der Grundlage eines „Vier-Staats-Sekretäre-Papiers“ vom Oktober 1970 im Arbeits-, Finanz- und Wirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf zusammengezurrt, der im Spätherbst dem Kabinett und dem Bundestag vorgelegt werden und zusammen mit der sogenannten Steuerreform am 1. Januar 1974 in Kraft treten soll. Nach bisher bekanntgewordenen Informationen sollen ab diesem Zeitpunkt die Unternehmer einen geringfügigen Prozentsatz vom Wert der Investitionen bzw. dem ausgewiesenen Reingewinn abführen. Diese Abgaben sollen an zu bildende Beteiligungsfonds

Mineralölverarbeitung: Nur 3,8 Prozent Lohnkosten

Für die Beschäftigten der mineralölverarbeitenden Industrie hat die diesjährige Lohn- und Gehaltsbewegung begonnen. Wie das Organ der IG Chemie - Papier - Keramik, „Gewerkschaftspost“, September-Ausgabe, mitteilt, ist die wirtschaftliche Situation in dieser Branche durch „steigende Produktivität und steigende Preise bei steigender Nachfrage“ gekennzeichnet. Dagegen zeige der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz fallende Tendenz. Nach letzten Untersuchungen war die Mineralölindustrie in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf je 100 DM Umsatz nur mit 3,80 DM Lohn- und Gehaltskosten belastet. Im Durchschnitt der gesamten Industrie betrug dieser Anteil 22,10 DM.

abgeführt und diese Fonds „in das Banken- und Sparkassensystem eingegliedert und dezentralisiert aufgebaut werden“ („Welt der Arbeit“ vom 25. 6. 1971).

An diesen Fonds sollen die Arbeiter „Anteilscheine“ erwerben können, die sie aber nur erhalten, wenn sie eine Eigenleistung in Höhe von etwa 10 Prozent des Wertes der Anteilscheine aufbringen. Wenn alle Arbeiter und Angestellten sich solche Anteilscheine kaufen würden, so beliefe sich der Nominalwert je Wertpapier auf etwa 200 DM bei einer vorgesehenen Gesamtsumme der Vermögensabgabe von rund 4 Milliarden DM. Für die Unternehmer würde diese Abgabe keinen Pfennig kosten, weil sie an die Stelle der bisherigen Investitionssteuer treten soll.

Eine Mitbestimmung der Gewerkschaften bei den zu bildenden Fonds wird ausdrücklich ausgeschlossen. Auch dann, wenn die einzelnen Arbeiter im Laufe der Jahre Anteilscheine im Werte von einigen Tausend DM in Händen hätten, könnten sie damit nicht über Produktionsmittel verfügen. Ihr „Vermögen“ gehört dem kapitalistischen Produktionsprozeß, und sie müßten damit die eigene Ausbeutung mitfinanzieren.

Wenn die Unternehmerverbände diesen Regierungsplan ablehnen, so sind dafür keine grundlegenden, sondern taktische Motive maßgebend. Sie wollen, daß die einzelnen Arbeiter nur über tarifvertragliche Abmachungen einen Teil des Lohnes, unter Umgehung von Fonds, direkt bei den Banken bzw. den eigenen Unternehmen anlegen oder richtiger gesagt, zwangsparen. Die SPD/FDP-Regierung beabsichtigt dagegen, mit Hilfe der Fonds die Investitionen zugunsten der Profitinteressen des gesamten kapitalistischen Systems zu beeinflussen und notwendige staatliche Investitionen auf den Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrs- und anderen Sektoren mit dem Geld der Arbeiter und Angestellten finanzieren zu helfen.

Beide Varianten entsprechen nicht den Interessen der Arbeiterklasse und haben die Aufgabe, mitzuhelfen, die vorhandenen Herrschaftsstrukturen zu stabilisieren und zugleich die werktätige Bevölkerung zu schröpien. Statt den gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten Gesetzesplan zu begrüßen, sollten die Gewerkschaften diesem Vorhaben offensiv den Kampf ansagen und Aktionen für ein wahrhaft fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz, echte Mitbestimmungsrechte und Nationalisierung der Schlüsselindustrien einleiten. Nur auf diesem Wege kann die Arbeiterklasse in der Perspektive einmal Eigentümer von Produktionsmitteln werden und wirkliche Verfügungsgewalt ausüben.

Werner Petschick

Das Leid der Leitwährung

Ursachen und Folgen der Krise im Währungssystem Dollarkrise: Vergleichsverfahren oder Konkurs?

Der aufmerksame Beobachter der wirtschaftlichen Szenerie hat sich schon seit einigen Jahren daran gewöhnt, in immer kürzeren Abständen Währungskrisen und währungspolitische Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern zu registrieren, die seit dem Frühjahr dieses Jahres trotz der abenteuerlichsten und kompliziertesten Abwehrmaßnahmen einzelner Staaten zu einer permanenten Erschelung des Wirtschaftslebens wurden. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten sie mit der am 16. August vom amerikanischen Präsidenten Nixon verkündeten Entscheidung, den Dollar nicht mehr in Gold umzutauschen, auf Importe eine 10prozentige Sondersteuer zu legen und neben Steuererleichterungen der verschiedensten Art für die Unternehmer einen 90tagigen Lohn- und Preisstopp zu verfügen.

Mit Hilfe dieses Programms soll ein letzter verzweifelter Versuch unternommen werden, die mit dem Begriff der „Stagflation“ umschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA — ständig forcierte Inflation bei ökonomischer Stagnation — auf Kosten der amerikanischen Werktätigen zu beheben und gleichzeitig auf Kosten der Werktätigen anderer Länder die Vormachtstellung der USA im imperialistischen System, die zumindest ökonomisch in ihren Grundfesten erschüttert ist, zu stabilisieren.

Uberraschend kamen die jetzt verkündeten Maßnahmen eigentlich nicht. Als nach dem Kriege von 44 Ländern durch das Abkommen von Bretton Woods der Internationale Währungsfonds gegründet wurde, waren die USA als das einzige bedeutende imperialistische Land, das von den Zerstörungen des zweiten Weltkrieges nicht betroffen worden war, in der eindeutig stärksten Position. So lag es nur nahe, daß alle anderen Mitglieder des Internationalen Währungsfonds ihre Währungen auf den USA-Dollar bezogen und die amerikanische Regierung ihre seit den 30er Jahren bestehende Verpflichtung erneuerte, jederzeit 35 Dollar gegen 1 Unze Feingold einzutauschen.

Der Dollar war durch diesen unverrückbaren Goldpreis zum Fixpunkt für alle anderen Währungen, zur Leit- und Reservewährung des kapitalistischen Systems, geworden. Allerdings wurde diese zentrale Stellung schon ein knappes Jahrzehnt nach dem Abkommen von Bretton Woods ernsthaft in Frage gestellt — ausgelöst durch die ungeheuren Rustungsaufwendungen der USA im Zusammenhang mit dem Korea-Krieg — und mit dem weiteren Anziehen der Rustungsspirale sowie mit den ständig steigenden Kosten für die Globalstrategie in den folgenden Jahren immer häufiger angegriffen.

Wie die „International Herald Tribune“ am 28. 10. 1969 feststellte, gibt die amerikanische Bundesregierung

von jedem Budgetdollar mehr als 70 Cents für vergangene, gegenwärtige und künftige Kriege aus und stellt für die Kriegsmaschinerie mehr Geld zur Verfügung als „alle Behörden auf Bundes-, Staaten- und kommunaler Ebene für Gesundheitsfürsorge und Krankenhäuser, für das Bildungswesen, für Altersversorgung und Pensionen, für übliche Unterstützung und Fürsorge, Arbeitslosigkeit, Sozialversicherung, für den Wohnungsbau, für kommunale Zwecke und für die Unterstützung der Landwirtschaft. Von jedem Steuereuro bleiben etwa 11 Cents übrig für den Aufbau der amerikanischen Gesellschaft.“

Die Finanzierung der insbesondere durch die Eskalation des Vietnam-Krieges immer hektischer steigenden Rustungskosten aber war nur möglich durch staatliche Kredite, oder genauer gesagt, durch das amerikanische Privileg, Papierdollars zu drucken, um das ständig größer werdende Defizit des Staatshaushalts abzudecken. Die durch die Papiergeldvermehrung stark beschleunigte Inflation aber verminderte die Kaufkraft des Dollars von Jahr zu Jahr. Die dominierende Industriemacht des Imperialismus und der Dollar als dessen Leitwährung wurden damit statt zum Fundament des kapitalistischen Geld- und Währungssystems zum entscheidenden Ausgangspunkt wahrungspolitischer Krisen.

Die erste große Erschuttung, die den Internationalen Währungsfonds an den Rand der Liquidation brachte, erfolgte 1968. Noch im Februar hatte der damalige Präsident Johnson markig verkündet, er werde den Dollar bis zur letzten Goldunze verteidigen. Zwei Monate später entband sich die amerikanische Regierung von der bedingungslosen Verpflichtung zur Einwechslung von Dollars in Gold und beschränkte sie auf die staatlichen Notenbanken, die wiederum erklärten, sie wollten im Interesse der Funktionstugigkeit des kapitalistischen Währungssystems von diesem Recht keinen Gebrauch machen. Das war um so notwendiger, als die zur Deckung

des Dollars in Fort Knox gehorteten Goldschatze in Höhe von 10 Milliarden Dollar nur rund ein Fünftel dessen darstellen, was bei den Notenbanken an Dollarguthaben vorhanden ist — die Möglichkeit, eine amerikanische Bankrotterklahrung zu erzwingen, war demnach zumindest theoretisch jederzeit gegeben.

Frankreich, das sich dem Vorgehen der anderen Länder nicht angeschlossen hat, bezog übrigens vom amerikanischen Schatzamt noch im Mai 1971 Gold im Gegenwert von 282 Millionen und Anfang August von 191 Millionen Dollar und machte dabei ein großes Geschäft: Während nämlich nach dem offiziellen Kurs für eine Feinunze nur 35 Dollar bezahlt werden müssen, kostete sie auf dem freien Markt zu diesem Zeitpunkt bereits 44 Dollar und ist inzwischen noch teurer geworden. Faktisch entsprach das zu diesem Zeitpunkt bereits einer Abwertung des Dollars um rund ein Drittel.

Die Frage nach dem faktischen Wert einer Leitwährung, die völlig vom Wohlverhalten der Notenbanken anderer Länder abhängig ist und im übrigen wie Sauerbier angeboten wird, so daß in den meisten Ländern Maßnahmen gegen das Einstromen großer Dollarmengen ergriffen wurden (die Erwartung einer Dollarabwertung bzw. Aufwertung anderer Währungen heizte diese Spekulation noch besonders an), wurde in den letzten Monaten häufig gestellt. Sie muß jetzt, nachdem sich der Dollar offiziell vom Gold gelöst hat und damit das Fundament zerstört ist, auf dem das in Bretton Woods geschaffene Währungssystem aufgebaut worden ist, konkret beantwortet werden.

Die Atmosphère dazu ist allerdings nicht gerade günstig für die USA. Nachdem sie mit der 10prozentigen Sondersteuer auf einen bedeutenden Teil der Importe den Handelskrieg eröffnet haben, wodurch manche Exporteure aus anderen Ländern in bestimmte Schwierigkeiten geraten dürften, werden sich zweifellos die Fronten verhärten. Zwar wird sicher der Versuch unternommen werden, den drohenden Konkurs der amerikanischen Währung durch einen Vergleich zumindest aufzuschieben — schließlich geht es ja um die Grundwahrung des gesamten imperialistischen Systems. Andererseits aber dürften sich die Hauptglaubiger, also die Länder mit den höchsten Dollarbestanden, kaum dazu bereitfinden, die bei derartigen Verfahren stets auftretenden Verluste ohne entsprechende Gegenleistungen zu tragen. Es liegt daher durchaus nahe, daß zunächst einmal eine Übergangslösung angestrebt wird, die jedoch — das scheint ziemlich sicher — schon nicht mehr allein unter dem Zeichen des Sternenbanners stehen dürfte.

L. K.

Den Kleinen die größte Last

Die staatliche Steuerpolitik ist unsozial Bundesbank bestätigt skandalösen Zustand

Im Bericht der Deutschen Bundesbank für den Monat August 1971 wird eine aufschlußreiche Analyse über die Entwicklung der Einnahmen der verschiedenen staatlichen Gebietskörperschaften der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren veröffentlicht. Nach diesen Angaben haben die Gesamteinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) 1970 rund 184 Milliarden DM betragen. Das war doppelt soviel wie 1960. Da aber in den betrachteten zehn Jahren auch das Bruttosozialprodukt um das Doppelte gestiegen ist, blieb die Einnahmequote mit 27 Prozent konstant.

Auch die reinen Steuereinnahmen des Staates, die 1970 eine Höhe von 154 Milliarden DM erreichten, haben sich im letzten Jahrzehnt in etwa gleichem Tempo wie das Bruttosozialprodukt entwickelt. Die von der Bundesbank errechnete Steuerquote (Gesamtsteueraufkommen im Verhältnis zum jeweiligen Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen) betrug zwischen 1960 und 1965 23,4 Prozent und zwischen 1966 und 1970 23,1 Prozent.

Soweit man also nur diese globalen Zahlen betrachtet, vollzog sich eine weitgehend stetige Entwicklung ohne bemerkenswerte Sprünge. Völlig anders sieht dagegen das Bild aus, wenn man die Entwicklung der einzelnen Steuerarten näher untersucht.

Die veranlagte Einkommensteuer, die wichtigste Unternehmersteuer, ist in den ersten Jahren des untersuchten Zehnjahreszeitraumes noch schneller gestiegen als das Bruttosozialprodukt und erreichte 1963 ihren bisherigen relativen Höchststand mit einem Anteil von 3,5 Prozent am Bruttosozialprodukt. Seitdem ist das Aufkommen aus dieser Steuer nur noch geringfügig gestiegen, im Krisenjahr 1967 absolut zurückgegangen und hat sich in den Konjunkturjahren 1968 und 1969 lediglich um 3 bzw. 4 Prozent erhöht. 1970, im Jahr der bisher höchsten Profite, ist die Einkommensteuer absolut um 6 Prozent gesunken, wodurch sich der Anteil dieser Steuer am Bruttosozialprodukt auf 2,4 Prozent verminderte. Zwischen 1963 und 1970 wurde demnach der Anteil der Einkommensteuer am Gesamtsteueraufkommen um fast ein Drittel verringert.

Noch weit ausgeprägter war die rückläufige Entwicklung bei der zweiten wichtigen Unternehmersteuer, der Körperschaftsteuer. Den höchsten bisher erreichten Wert — gemessen am Bruttosozialprodukt — hatte sie mit 2,3 Prozent bereits 1961 erreicht, 1970 waren es nur noch 1,3 Prozent. Den absoluten Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens im vergangenen Jahr begründete die Bundesbank in ihren Erläuterungen mit einer ange-

lich „verschlechterten Gewinnsituation der Unternehmen“.

Da auch die Anteile der Gewerbesteuern sowie der Verbrauchssteuern und Zölle (in erster Linie durch die Abschaffung der Binnenzölle in der EWG) leicht zurückgegangen sind, die Anteile der Umsatzsteuern nach leichten Schwankungen wieder auf den Stand von 1960 einpendelten, ist es einzig und allein die Lohnsteuer, die im letzten Jahrzehnt den relativen Ausfall anderer Steuern ausgleichen konnte. Abgesehen von 1965, als aus wahltaktischen Gründen eine Steuer senkung erfolgte, und dem Krisenjahr 1967 hat sich das Lohnsteueraufkommen stets schneller erhöht, als das Bruttosozialprodukt.

Machten die Lohnsteuern 1960 noch 2,7 Prozent des Bruttosozialprodukts aus, so war ihr Anteil 1970 mit 5,2 Prozent nahezu doppelt so hoch. Verglichen mit den beiden wichtigsten Unternehmersteuern ergibt sich, daß die Arbeiter und Angestellten am Anfang des betrachteten Zehnjahreszeitraums etwa halb soviel Steuern zahlen mußten, wie die Unternehmen, 1970 aber rund 40 Prozent mehr.

Daß damit noch keineswegs der Endpunkt dieser unsozialen, einzig den Profit begünstigenden staatlichen Steuerpolitik erreicht ist, bestätigt die Bundesbank in ihrer abschließenden Prognose für die Zeit bis 1975: Danach wird damit gerechnet, daß der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt von gegenwärtig 23,1 auf künftig 23,7 Prozent steigt. Man hält es allerdings für fraglich, „ob die in der Vergangenheit beobachtete rückläufige Entwicklung der Veranlagungssteuern (also der Unternehmersteuern) tatsächlich zum Stillstand kommen werde. Ganz sicher aber rechnet die Bundesbank damit, daß das Lohnsteueraufkommen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt auch weiterhin überproportional zunimmt.“

Angesichts dieser eindeutigen statistischen Dokumentation sollte man annehmen, daß damit die Sachlage

eigentlich völlig klar wäre. Aber weit gefehlt, selbst für derartige Zahlen, in denen der Tenor der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich zum Ausdruck kommt, findet man in Frankfurt noch eine Erklärung, wonach die Wirklichkeit dennoch ganz anders aussehen soll. So erläutert denn die Bundesbank — „objektiv“ ist sie nämlich auch! —, daß zwar durch einige steuerliche Vergünstigungen für Investitionen und durch Einkommensverlagerungen in „Steeroasen“ im Zusammenhang mit internationalen Verflechtungen das Aufkommen an Unternehmersteuern auch negativ beeinflußt worden ist.

Die entscheidende Begründung für die Strukturveränderungen innerhalb des Steueraufkommens zuungunsten der Werktätigen aber sieht sie darin, daß sich der Anteil der „Unselbständigen“ an der Zahl der Erwerbstätigen von 77,5 Prozent 1960 auf 82,5 Prozent 1970 erhöht hat, wodurch sich der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen vergrößert habe, während gleichzeitig die Gewinnspannen der Unternehmen rückläufig gewesen seien. Und das schwerindustrielle Düsseldorf „Handelsblatt“ fing diesen Ball auf und versicherte seinen Lesern am 11. August 1971 in Balkenüberschrift, der Rückgang der Einkommenssteuer sei ein Beweis für eine neue Verteilungsstruktur. Mit anderen Worten: Die Arbeiter sind selbst schuld daran, wenn sie soviel Steuern zahlen. Hätten sie durch ihre Lohnforderungen den Unternehmern nicht die Gewinne beschneiden, würde das Bild ganz anders aussehen.

Ganz und gar nicht paßt allerdings in dieses Gemälde eine vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden monatlich veröffentlichte Statistik über die als Dividenden ausgezahlten Gewinne der börsennotierten Aktiengesellschaften (Dividenden stellen zwar nur einen bescheidenen Teil der wirklichen Gewinne dar, ihre Entwicklungstendenz kann aber als ein ungefährer Anhaltspunkt für den Trend der Gewinnentwicklung angesehen werden). Danach erhöhten sich die Dividendensätze von 12,24 Prozent 1960 über 13,91 Prozent 1965 auf 15,74 Prozent 1970.

Ist schon aus diesen Durchschnittszahlen keine Gewinnschmälerung zu sehen, so wird die Angelegenheit noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß sich das Nominalkapital der erfaßten Aktiengesellschaften in den angegebenen Jahren von 16,4 über 23,3 auf 29,7 Milliarden DM erhöhte, dabei zu einem beachtlichen Teil durch die Ausgabe von Gratisaktien. Aber selbst wenn man den zuletzt genannten Faktor außer Betracht läßt, erhöhten sich die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividendensummen von 2006 Millionen DM 1960 über 3152 Millionen DM 1965 auf 4674 Millionen DM 1970, also im untersuchten Jahrzehnt um mehr als 130 Prozent. Kr.

DKP bereitet ihren Düsseldorf Parteitag vor These 30 ist den Gewerkschaften gewidmet

Innerhalb und außerhalb der Organisation der Deutschen Kommunistischen Partei findet zur Zeit die Diskussion von Thesen statt, welche die DKP zur Vorbereitung ihres Parteitages vom 25. bis 28. November 1971 in Düsseldorf der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Angesichts des Charakters der DKP als Arbeiterpartei ist es nur natürlich, daß sie in den programmatischen Thesen besonders umfangreiche Aussagen — neben anderen Problemkomplexen — zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik macht. Den Gewerkschaften ist die These 30 gewidmet, mit deren Inhalt wir unsere Leser bekannt machen möchten.

„Die Kommunisten sehen in den Gewerkschaften die breiteste und umfassendste Klassenorganisation der Arbeiter und Angestellten“, wird darin zu Beginn festgestellt. Starke Gewerkschaften seien für die erfolgreiche Vertretung der allseitigen Forderungen der arbeitenden Menschen notwendig. „Jeder Kommunist hat die Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und seine Arbeitskollegen für die Gewerkschaften zu gewinnen.“

Eine andere Aussage der These 30 wird gerade jetzt, während der Tarifbewegung in der Metallindustrie bestätigt, in der die DKP als einzige Partei auf der Seite der Gewerkschafter steht, zur Durchsetzung ihrer Forderungen aufruft und gemeinsam mit ihnen die Angriffe von Unternehmern und Regierungsvertretern zurückweist. „Die kommunistischen Arbeiter und Angestellten sind Teil der Gewerkschaften. Sie kämpfen aktiv für die Durchsetzung der den Klasseninteressen dienenden Beschlüsse dieser Arbeiterorganisation, für die Entwicklung der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiterklasse. Sie sind dabei stets um das Zusammenwirken von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitervertretern bemüht.“

Wenn die Gewerkschaften erfolgreich für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten wollen, müßten sie ihre Unabhängigkeit, auch „gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung“ bewahren. Wie wahr diese Worte sind, verdeutlichen die in jüngster Zeit vervielfachten Bemühungen von Mitgliedern der Bundesregierung, in die Tarifautonomie einzugreifen und eine staatlich vorgegebene Lohn- und Gehaltspolitik durchzusetzen. Wie sehr sich diese Aussage mit Auffassungen der Gewerkschafter deckt, wird u. a. in zahlreichen Anträgen an den Gewerkschaftstag der IG Metall erkennbar, die alle den Austritt aus der konzertierten Aktion der Bundesregierung verlangen, und zwar vorwiegend mit dem Argument, daß die Wahrung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit das erforderliche mache.

„Der Erfolg der Gewerkschaften hängt davon ab“, heißt es in der These 30,

„daß sie den Versuchen der Unterordnung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen unter das monopolkapitalistische System die Mitwirkung versagen und konsequent entgegen-treten, daß sie die Solidarität der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer sozialen und demokratischen Forderungen vorantreiben, daß sie sich noch mehr in den Betrieben verankern und alle Mitglieder an eine aktive Gewerkschaftsarbeit heranführen.“

Im Schlußteil der These werden einige Gesichtspunkte der Gewerkschaftsarbeit detailliert angesprochen:

„Das Ansehen der Gewerkschaften und ihre Glaubwürdigkeit in der Arbeiterschaft erfordern die Überwindung von Widersprüchen und Inkonssequenzen. Wenn die Gewerkschaften konkrete, aktuelle, der Masse der Arbeiter und Angestellten verständliche Forderungen aufstellen und für ihre Verwirklichung mit der ganzen gewerkschaftlichen Kraft konsequent eintreten und dabei zugleich die innergewerkschaftliche Demokratie entfalten, dann werden sie die Angriffe des Großkapitals erfolgreich zurückweisen und zugleich ihre Kampfkraft stärken. So werden sie auch davor bewahrt, daß sich Streikämpfe ohne ihr Zutun oder gar im Widerspruch zu ihnen entwickeln, daß sich Arbeiter und Angestellte ungenügend in ihnen organisieren, daß ihre Lohnkampfstrategie und -praxis einer immer stärkeren Kritik ausgesetzt sind. So befreien sie auch die vielen Gewerkschaftsmitglieder und Vertrauensleute aus dem Konflikt, in den sie durch die Erfordernisse einer konsequenten Vertretung der Interessen der Belegschaften einerseits und einer widerspruchsvollen, inkonsequenten Haltung mancher Gewerkschaftsführungen andererseits geraten sind.“

Der Konzernstrategie des Kapitals gilt es eine von den Arbeiterinteressen bestimmte einheitliche Gewerkschaftspolitik entgegenzusetzen. Notwendig ist eine Solidarisierung aller Gewerkschafter in den Konzernen, eine engere Zusammenarbeit und Koordination auch auf internationaler Konzernebene, um so den verschärften Angriffen des Kapitals den einheitlichen Kampf der Arbeiter und Angestellten entgegenzustellen.“ —IT

Willi Bechtle, ein weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannter kommunistischer Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionär, starb im Alter von 65 Jahren. Willi Bechtle war über ein Jahrzehnt in Zuchthäusern und Konzentrationslagern während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur eingekerkert.

Heinz Ruhnau, Innensenator der Hansestadt Hamburg, ehemaliger Bezirksleiter der IG Metall in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein, denkt — wie man hört — wieder an eine Gewerkschaftskarriere. Bei einigen gewöhnlich gut informierten IG-Metall-Funktionären geht das Gerücht um, Ruhnau solle in der Zukunft systematisch und zielstrebig „aufgebaut“ werden, um 1974 Otto Brenner als Vorsitzenden abzulösen. Brenner stellt sich auf dem bevorstehenden 10. Metall-Gewerkschaftstag in Wiesbaden ein letztes Mal zur Wiederwahl. Das besondere Interesse an Ruhnau bestehe weniger in der IG Metall selbst, als vielmehr in der Bonner SPD-„Baracke“. Die an einer Brenner-Nachfolge Ruhnau interessierten Kreise sähen in ihm die beste Garantie zur „Zähmung“ der IG Metall im Sinne eines regierungskonformen Kurses. Der Abtritt Brenners sei dafür eine „langersehnte Gelegenheit“. In Hamburg, aber nicht nur dort, ist Heinz Ruhnau, der sich eine schnelle Karriere in der Bundespolitik erhofft hatte, als aktiver Befürworter der Notstandsgesetze in Erinnerung und für seine reaktionären Ansichten und Handlungen bekannt. Vielleicht ist sein in letzter Zeit wieder häufigeres Erscheinen, teils als Gast, teils als Redner, in regionalen und überregionalen Gewerkschaftsveranstaltungen schon Teil einer gezielten Strategie...

Ständiger Ausschuß der Arbeiterkonferenzen aufgelöst

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Deutschen Arbeiterkonferenzen aus der DDR und aus der BRD haben auf einer Tagung im August die Einstellung der Tätigkeit des Ständigen Ausschusses beschlossen. Sie danken in einer Erklärung allen, die am erfolgreichen Wirken des Ständigen Ausschusses und an der fruchtbaren Tätigkeit der Arbeiterkonferenzen aktiv teilgenommen haben. Einmütig wird die Notwendigkeit proletarischer Klassensolidarität zwischen den Arbeitern der DDR und den Arbeitern der BRD im Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, für Frieden, Demokratie und Sozialismus hervorgehoben.

CDU/CSU will Sozialrentner für sich gewinnen Inkonsequente SPD/FDP-Politik begünstigt diesen Plan

Die CDU/CSU scheint ihre Hoffnungen auf die Rentner gesetzt zu haben. Die Rentner sind immerhin mehr als ein Viertel der wahlberechtigten Bürger unseres Landes. Hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Gesetzentwurf für die Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung mit dem Vorschlag gekoppelt, die Anrechnung beitragsfreier Zeiten zu erleichtern (woraus sich für 460 000 Rentner eine Verbesserung ihrer Renten ergeben hätte), so formulierte sie zur zweiten und dritten Lesung des 14. Renten Anpassungsgesetzes im Bundestag einen Antrag, nach dem ab 1. Januar nächsten Jahres die Sozialrenten nicht nur um 6,3 Prozent, sondern um 11,3 Prozent erhöht und die Renten, die 1971 zugegangen sind, mit 4,5 Prozent Erhöhung in die nächstjährige Renten Anpassung einbezogen werden sollten.

Mit beispielloser Unverfrorenheit spielt sich die seit zwei Jahren in Opposition stehende CDU/CSU als „Vorkämpfer“ für die Rentner auf, obwohl sie 20 Jahre lang als führende Regierungspartei jeden sozialen Fortschritt mit der Warnung vor der Gefahr eines „totalen Versorgungsstaates“ ablehnte. Während die Gewerkschaften anlässlich der 1957 durchgeführten Rentenreform für Arbeiter und Angestellte wie für die Beamten, eine automatische und damit aktuelle Anpassung der Renten an die Entwicklung der Arbeitsverdienste forderten, setzte die CDU/CSU als Regierungspartei die sogenannte dynamische Renten Anpassung durch. Sie trägt damit die Hauptverantwortung dafür, daß die Renten drei bis vier Jahre hinter der Entwicklung der Arbeitsverdienste zurückgeblieben sind und im Durchschnitt nur 41 Prozent des Arbeitsverdienstes betragen.

Die von der CDU/CSU geführte Regierungskoalition lehnte 1961/62 einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion ab, die im Regierungsentwurf des 4. Renten Anpassungsgesetzes vorgesehene Erhöhung der Sozialrenten von 5 Prozent um weitere 3,3 Prozent aufzustocken, mindestens aber alle Versicherten- und Witwenrenten um 80 DM und alle Waisenrenten um 40 DM zu erhöhen. Die CDU/CSU-Regierung war es auch, die die Erstattungszahlungen und Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt für die Rentenversicherung auf weniger als 15 Prozent der Gesamtausgaben der Rentenversicherung kürzte, die 1957 noch 31 Prozent betragen.

Zur Zeit der Krise in den Jahren 1966/67 entwickelten CDU/CSU-Politiker zahlreiche Pläne zur Verschlechterung des Rentenrechts. So sollten die Renten besteuert und nur noch an die Netto- statt an die Bruttolöhne angepaßt oder die Anpassung halbiert werden. Schließlich wurde auch der Abzug des Krankenversicherungsbeitrages von den Renten auf Betreiben der CDU/CSU eingeführt. Wenn sich jetzt diese Partei, die demagogisch das Wort „christlich“ in ihrem Parteinamen führt, plötzlich so gebärdet, als ge-

höre ihr Herz nicht dem Großkapital, sondern den Rentnern, so geschieht

Sind Medikamente Heilmittel?

**Für Chemiekonzerne ist Krankheit nur eine Profitquelle
Gewissenlose Werbung für „Pillenkonzum“ unterbinden!**

Daß Gesundheit unser höchstes Gut sei, wird bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit betont. Für die Herren der Medikamente erzeugenden Chemiekonzerne in der Bundesrepublik jedoch ist die Gesundheit und Krankheit nur eine Quelle höchster Profite. Daran hat auch der Contergan-Skandal nichts geändert.

Nach wie vor werden Ärzte, Apotheker und Patienten von einer Flut neuer Heilmittel und einer aufdringlichen Werbung überschwemmt, von denen zwar, bis auf wenige Ausnahmen, keine Heilwirkungen zu erwarten sind, die Hersteller sich aber neue Gewinne versprechen. So ist beispielsweise bei den Farbwerken Hoechst die Arzneimittelproduktion nur mit 15 Prozent am Umsatz beteiligt, aber mit 23 Prozent am Konzerngewinn.

Schon vor Jahren hat die Weltgesundheitsorganisation festgestellt, daß rund 50 Prozent der auch in den Apotheken der Bundesrepublik angebotenen Medikamente entbehrlich sind, aber jährlich werden in Westdeutschland rund 1700 neue Mittel angeboten. Das ist übrigens auch für kapitalistische Länder ein absoluter Rekord — in den USA kommen im Jahr nur rund 200 Präparate neu in den Handel.

Weder Ärzte noch Apotheker sind in der Lage, sich bei dem Riesenangebot der neuen Medikamente ein eigenes, sachkundiges Urteil über deren Wirksamkeit und etwaige schädliche Nebenwirkungen zu bilden. Sie müssen oft einer massiven Werbung der Chemiekonzerne vertrauen, die aber allein darauf abgestimmt ist, für den je-

das lediglich aus purem Parteiegoismus, aus demagogischen Gründen.

Sicherlich hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung keine Lorbeeren erworben, wenn sie in Anbetracht der rapiden Teuerung, dem kräftigen Steigen der Unternehmergewinne und der günstigen Entwicklung der Finanzlage der Rentenversicherung für 1971 sich nicht entschließen konnte, eine stärkere Erhöhung der Sozialrenten zu beschließen. 6,3 Prozent, das ist zu wenig! Damit sinkt der Lebensstandard der Rentner absolut, und verglichen mit dem der im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung weiter ab. Hier bot sich der SPD/FDP-Koalition die Chance, ein wirkliches Stück innerer sozialer Reformen zu praktizieren. Statt dessen hat sie der CDU/CSU das Feld für ihre demagogischen Praktiken überlassen.

A. B.

weiligen Konzern den Anteil am Arzneimittelmarkt auszubauen.

Die Werbungskosten für Arzneimittel betragen in der Bundesrepublik 500 Millionen bis eine Milliarden DM pro Jahr. Damit geben die Arzneimittelhersteller rund dreimal so viel für Werbung wie für Forschung aus: Während 25 bis 40 Prozent ihres Umsatzes auf die Werbung entfallen, werden nur 10 Prozent für Forschungszwecke aufgewendet.

Bezahlen müssen die hohen Werbungskosten, wie selbstverständlich auch die hohen Profite für Tausende zum großen Teil völlig überflüssige Medikamente die Krankenkassen und ihre Versicherten. Es ist höchste Zeit, diesen Geschäften der Chemiekonzerne mit der Gesundheit Einhalt zu gebieten. Neue Arzneimittel sollten nur dann noch zugelassen werden, wenn sie eine bessere Heilwirkung als die schon vorhandenen Medikamente versprechen. Unabhängige, von Ärzten und Gewerkschaften sowie den Krankenversicherungen kontrollierte Institute sollten Medikamente prüfen, bevor sie für den Verkauf zugelassen werden. Überhaupt sollte Werbung für Medikamente unterbunden werden und nur sachliche Hinweise über Zusammensetzung und Indikation der Arzneimittel erlaubt sein. —pp—

Zusatzrente nur für wenige

Betriebliche Altersversorgung ist nicht gesichert Für Bildung überbetrieblicher Pensionsfonds

Die Forderung des DGB-Aktionsprogramms, wonach die Altersrente „mindestens drei Viertel des erreichten Arbeitseinkommens betragen“ soll, ist längst nicht erreicht. Nach einer Feststellung des Deutschen Gewerkschaftsbundes besteht bei den augenblicklichen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung nach einer Versicherungszeit von 45 Jahren eine Versorgungslücke von rund 30 Prozent des letzten Arbeitseinkommens. Für einen großen Teil der Arbeiter und Angestellten ist die Rente nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sogar völlig unzureichend.

Im Rentenanpassungsbericht 1970 heißt es, daß in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 44,8 Prozent eine Vollrente von nicht einmal 300 DM im Monat erhalten. Bei diesem Tatbestand gewinnt die Zusatzaltersversorgung erhebliche Bedeutung. Doch nur ein Teil der Arbeiter und Angestellten kann sich einer erträglicheren sozialen Sicherheit im Alter erfreuen, wie etwa die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst einschließlich Bundesbahn und Post und jene zumeist in den Großbetrieben beschäftigt gewesenen Rentner, die eine betriebliche zusätzliche Altersversorgung beziehen. Aber das ist nur ein Teil der Arbeiter und Angestellten; die Mehrheit ist davon ausgeschlossen.

Nach einer Veröffentlichung im Funktionsorgan des DGB, „Die Quelle“, arbeiten von rund 6,1 Millionen Arbeitern und Angestellten in Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten 5,5 Millionen in Betrieben mit einer betrieblichen Altersversorgung, aber von den 10,6 Millionen Beschäftigten in Betrieben bis zu 200 Arbeitnehmern können nur 1,6 Millionen unter Umständen eine betriebliche Altersrente beanspruchen.

Die betriebliche Altersversorgung ist in den letzten Monaten wieder stärker in die öffentliche Diskussion gerückt. Gewerkschaften und auch das Bundesarbeitsministerium haben Reformen gefordert, um der betrieblichen Zusatzaltersversorgung einen überbetrieblichen Charakter zu geben und den Betroffenen ein stärkeres Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der in den Betrieben gebildeten Kapitalfonds zu sichern.

Es wird manchen überraschen, zu erfahren, daß die steuerlich begünstigten Rückstellungen der Unternehmer für die betriebliche Altersversorgung Ende 1968 auf rund 38 Milliarden DM angestiegen waren. Demgegenüber betrug das Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten am 30. September 1969 nur 23,4 Milliarden DM. Es ist nicht schwer auszurechnen, daß für die betrieblichen Altersrenten nicht einmal die Zinserträge aus diesem Kapitalfonds voll in Anspruch genommen

werden mußten, andererseits jedoch die hohen Rückstellungen der Unternehmen gegen einen mäßigen Zinssatz als Betriebskapital zur Verfügung standen.

Ein wesentlicher Nachteil der betrieblichen Altersversorgung, so wie sie jetzt praktiziert wird, ist für die Beschäftigten die Tatsache, daß nur diejenigen Arbeiter und Angestellten aus den aus vorenthaltenem Lohn gebildeten Fonds Leistungen erhalten, die bis zum Eintritt des Versicherungsfalles in dem betreffenden Unternehmen tätig bleiben. Wer vorher ausscheidet, hat keinen Anspruch auf Leistungen, selbst wenn er schon jahrelang durch seine Arbeit im Betrieb an der Bildung der Rücklagen für die Altersversorgung beigetragen hat. Betrogen ist er auch im Falle eines Konkurses. Die Rücklagen für die betriebliche Altersversorgung, sofern überhaupt noch vorhanden, fallen in die Konkursmasse. Und schließlich aber werden die betrieblichen Zusatzrenten nicht der Lohn- und Ge-

Metallarbeiter: Neuregelung betrieblicher Altersversorgung!

Dem Gewerkschaftstag der IG Metall liegen acht Anträge zur Neuregelung der betrieblichen Altersversorgung vor. In allen Anträgen wird der Hauptvorstand aufgefordert, die Bundesregierung zu veranlassen, durch gesetzliche Regelung die betriebliche Altersversorgung in einen überbetrieblichen Pensionsfonds zusammenzufassen, den Anspruch auf Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung auch bei Arbeitsplatzwechsel zu sichern und alle Unternehmer zu verpflichten, eine betriebliche Altersversorgung zu finanzieren.

In einem Antrag der Verwaltungsstelle Duisburg (Antrag 545) heißt es dazu: „Die Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages beauftragen den Vorstand, eine gesetzliche Regelung anzustreben, wonach alle Un-

ternehmer verpflichtet werden, eine zusätzliche Betriebsrente zu gewähren. Dies ist erforderlich, solange die gesetzliche Rentenversicherung nicht in der Lage ist, bei Erreichung der Altersgrenze oder bei Eintritt von Erwerbsunfähigkeit, 75 Prozent des bisherigen Arbeitseinkommens zu garantieren.“

ternehmer verpflichtet werden, eine zusätzliche Betriebsrente zu gewähren. Dies ist erforderlich, solange die gesetzliche Rentenversicherung nicht in der Lage ist, bei Erreichung der Altersgrenze oder bei Eintritt von Erwerbsunfähigkeit, 75 Prozent des bisherigen Arbeitseinkommens zu garantieren.“

Mit Recht fordert darum der Deutsche Gewerkschaftsbund anstelle der betrieblichen Altersversorgung die Errichtung überbetrieblicher Pensionsfonds und eine Ausdehnung der zusätzlichen betrieblichen Altersversorgung auf sämtliche Arbeitsverhältnisse. Das ist am ehesten erreichbar, wenn überbetriebliche Einrichtungen nach dem Muster der Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes geschaffen werden. Zu ihrer Verfügung sollten sämtliche Rücklagen für die betriebliche Altersversorgung überführt und alle Betriebe gesetzlich verpflichtet werden, jährlich einen bestimmten Teil ihrer Gewinne an diese Zusatzversorgungskasse abzuführen. Für kleine und mittlere Betriebe müßten, ähnlich wie bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Sonderregelungen getroffen werden.

Diese überbetrieblichen Pensionskassen müssen von den Arbeitern und Angestellten selbst verwaltet, zumindest aber in Form der bei der Sozialversicherung praktizierten Selbstverwaltung von ihnen mitbestimmt werden. Die Gewerkschaften haben für die Bildung überbetrieblicher Pensionsfonds nicht nur eine gesetzliche, sondern auch eine tarifvertragliche Regelung ins Auge gefaßt. Gleich welchen Weg man aber gehen wird, realisieren wird man solche Pläne nur gegen den härtesten Widerstand der Unternehmervände und der von den Unternehmern finanziell ausgehaltenen politischen Kräfte in der Bundesrepublik. H. S.

Auch im Antrag 546 der Verwaltungsstelle Remscheid wird der Vorstand der IG Metall aufgefordert, den Gesetzgeber zu veranlassen, dafür zu sorgen, daß die betriebliche Altersversorgung „1. auf alle bestehenden Arbeitsverhältnisse ausgedehnt wird, 2. die entstandenen Ansprüche unverfallbar sind, 3. die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung entsprechend der Sozialrente dynamisiert werden.“

Auch im Antrag 546 der Verwaltungsstelle Remscheid wird der Vorstand der IG Metall aufgefordert, den Gesetzgeber zu veranlassen, dafür zu sorgen, daß die betriebliche Altersversorgung „1. auf alle bestehenden Arbeitsverhältnisse ausgedehnt wird, 2. die entstandenen Ansprüche unverfallbar sind, 3. die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung entsprechend der Sozialrente dynamisiert werden.“

Ähnlich lautende Anträge stellten die Verwaltungsstellen Hannover, Lüneburg, Bochum, Hattingen, Oelde und Lüdenscheid.

Demokratie auf sozialistisch

In der DDR: Hartnäckigkeit als produktive Tugend Gewerkschaftliche Interessenvertretung in der Praxis

Häufig wird von Arbeitern in der Bundesrepublik die Frage gestellt, wie denn die Gewerkschaften in den volkseigenen DDR-Betrieben die Interessen der Beschäftigten vertreten und ob sie sich gegen die Werksdirektion durchsetzen können. Die Desorientierung über Gewerkschaftsarbeit in der DDR wird bei uns bewußt betrieben und gesteuert, damit die Basis für den Antikommunismus erhalten bleibt. Claus Friedrich, unser DDR-Korrespondent, schildert in seinem folgenden Beitrag ein Beispiel praktischer Gewerkschaftsarbeit und beleuchtet damit eine von vielen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Mitbestimmung in der DDR:

In Brand-Erbisdorf (DDR-Bezirk Karl-Marx-Stadt) gibt es als einen der bedeutendsten Betriebe ein Werk des Lichtquellen-Kombinats Narva. Der Betrieb steht, wie man so sagt, bei der Lösung seiner Aufgaben nicht schlecht da, aber es gibt auch eine Reihe Probleme. Nun sind dafür unter sozialistischen Verhältnissen nicht allein die Werkdirektoren die ausschließlich zuständige Instanz. Erstens sind die Werkdirektoren Beauftragte der Arbeiterklasse und ihr Rechenschaftspflichtig; zweitens aber besteht das Wesen des Sozialismus auch darin, daß er die Mitarbeit aller nicht nur ermöglicht, sondern diese auch zur Bedingung hat.

Wenn Mitarbeit gesagt ist, dann zielt das nicht auf die Verausgabung von Körperkraft zur Erledigung „anfallender Aufgaben“, sondern umfaßt das Mitdenken und Mitbestimmen in allen grundlegenden Fragen, von denen das Wohl des Betriebskollektivs abhängt. Ein wichtiges Gremium, über das sich die dafür notwendigen Wechselbeziehungen zwischen Leitung und Belegschaft praktisch herstellen, ist die Vollversammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

Im Narva-Werk Brand-Erbisdorf erteilten sie vor kurzer Zeit der Werkleitung eine Lektion. Der von der Werkleitung der Vollversammlung vorgelegte Rechenschaftsbericht wurde zurückgewiesen. Begründung: Der Bericht stellt die Lage des Betriebes keineswegs erschöpfend dar, erweckt einen zu positiven Eindruck, spiegelt die Situation im Betrieb nicht richtig wider und ist daher auch nicht geeignet, die Mitarbeit der Werktätigen in die notwendige Richtung zu lenken. Außerdem wurde kritisiert, daß die Leiter den konkreten Arbeitsbedingungen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Ein Gewerkschaftsfunktionär hielt den Direktoren und Leitern — es geschah dies während des ungewöhnlichen Hochsommerwetters — vor: „Haben Sie sich schon einmal angesehen, wie kompliziert während der Hitze die Arbeitsbedingungen für die Frauen im Bereich Lampenfertigung oder an den Automaten der Tellerfertigung

sind? Wie diese Kollegen verstärkt mit erfrischenden Getränken versorgt werden, wo Arbeitspausen eventuell zusätzlich notwendig sind oder wie in der Spritzerei die unerträgliche Zugluft beseitigt wird, darüber ist nichts bekannt... Ihre Einstellung zu den Arbeitern wird gerade daran gemessen, wie Sie in eigener Verantwortung mithelfen, die Arbeitsbedingungen schrittweise zu verbessern.“

Welche Konsequenzen hat die Zurückweisung des Berichtes der Werkleitung? Zunächst stellt sie mindestens

Sozialismus real

einen Tadel dar, der ein Signal für den Generaldirektor des Kombinates ist: Er wird auf den Brand-Erbisdorfer Betrieb und seinen Leiter besonderes Augenmerk richten müssen. Zum anderen muß — und das ist inzwischen geschehen — der Werkdirektor einen neuen Bericht vorlegen, das heißt: die Vertrauensleutenvollversammlung war zu wiederholen. Drittens hat sich die Werkleitung nach dieser Erfahrung mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten klugerweise bemüht, auch rasch Veränderungen zustande zu bringen, die durch die Kritik der Vertrauensleute an den Arbeitsbedingungen notwendig wurden.

So konnten denn auch die Vertrauensleute den zweiten Bericht bestätigen. Der BGL-Vorsitzende Krellmann gestattete seinem Werkleiter jedoch nicht, den mißlungenen Bericht für die erste Versammlung als „organisatorische Panne“ hinzustellen. Werkleiter Sperrhake bekam gesagt, daß es hier um die Denkweise geht, um ein ideologisches Problem also und damit um ein politisches Versagen. Wer von der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Sozialismus redet, der muß in seinem Verantwortungsbereich auch vollständig die Arbeiter informieren,

nicht nur über die Schokoladenseite der Dinge, sondern auch über die Komplikationen, und er muß wissen, wie es in der konkreten Situation mit den Arbeitsbedingungen aussieht und den Arbeitern die größtmöglichen Erleichterungen schaffen.

Die Vollversammlungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in jenem Narva-Betrieb zeigten, wie die Gewerkschaftsfunktionäre sich bemühen, dem Anspruch an die Gewerkschaftsarbeit und ihre Träger gerecht zu werden, den der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, mit der Feststellung aussprach, daß eine bestimmte Portion Hartnäckigkeit zum guten Gewerkschafter gehört. Die sozialistischen Betriebe in der DDR werden durch im Klassenkampf und in der Wirtschaft erprobte Menschen geführt. Die sozialistischen Direktoren und Leiter sind Gewerkschaftsmitglieder. Daß die Leitung eines sozialistischen Betriebes nicht problemlos verläuft, nur weil es sich um einen sozialistischen Betrieb handelt, ist zwar eine Binsenwahrheit, doch darf sie in diesem Zusammenhang wohl ausgesprochen werden.

Da kann es passieren, daß im „Drang der Geschäfte“ wichtige Dinge „wegrutschen“, vernachlässigt werden; denn die sozialistischen Direktoren sind keine Götter und keine Übermenschchen. Daher ist auch immer die Möglichkeit gegeben, daß sie manche Fragen einseitig sehen, daß in Fragen der Arbeitsbedingungen auch unterschiedliche Auffassungen über das Notwendige und das Mögliche vertreten werden, daß Meinungsverschiedenheiten über die Prioritäten im betrieblichen Ablauf auftreten. Eine „bestimmte Portion Hartnäckigkeit“ heißt: Jeder Gewerkschaftsfunktionär soll — notfalls auch in wiederholtem Anlauf — dafür sorgen, daß alles das, was heute sofort auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen möglich ist, auch bis an die Grenze des Möglichen hin getan wird, daß die gegebenen Möglichkeiten voll ausgenutzt werden und daß anderes, was Zeit braucht, angebahnt und vorbereitet wird.

Die Sache mit der Hartnäckigkeit hat auch noch eine andere Seite für den Gewerkschafter selbst: Die sozialistische Demokratie ist ganz und gar nichts für Bequemel! Nicht nur, daß die Forderung nach einer bestimmten Portion Hartnäckigkeit auch einschließt, sich notfalls im scharfen Meinungsstreit mit den Leitern zu bewähren. Im Falle Brand-Erbisdorf meinten auch zwei Vertrauensleute: „Kinder, wenn wir den Bericht zurückweisen, müssen wir doch noch einmal zusammenkommen und noch eine Versammlung machen. Kann das nicht die BGL für uns erledigen?“

Das wäre der bequeme, aber ganz sicher der falsche Weg gewesen. Man fand in Brand-Erbisdorf den richtigen Weg — und gab ein gutes Beispiel für Gewerkschaftsarbeit unter sozialistischen Verhältnissen. C. F.

DDR löst Strukturfragen

Qualifizieren mit, durch und für den Menschen Von Lothar Lindner, Vorsitzender der IG Bau-Holz

Strukturprobleme gibt es auch in der Wirtschaft der DDR. Im Unterschied zu denen in der Bundesrepublik werden sie jedoch bewußt, planmäßig und im Zusammenwirken von Staatsorganen, Gewerkschaften und den betroffenen Werktätigen gemeinsam gelöst. Niemand wird auf die Strafe gesetzt, niemand muß „sehen, wie er zurecht kommt“. Der Prozeß der Umstrukturierung verläuft in menschenwürdigen Formen, nicht auf Kosten, sondern zum Nutzen der Arbeiter und Angestellten. — Wir baten den Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Bau - Holz in der DDR, Lothar Lindner, um einen Fall aus der Praxis zu schildern. Kollege Lindner, der gleichzeitig Präsident der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie im Weltgewerkschaftsbund ist, sandte uns freundlicherweise nachstehenden Beitrag. Anzumerken wäre, daß das ehemalige Bergbau- und Hüttenkombinat Calbe, von dem die Rede ist, und das jetzt Metalleichtbauerzeugnisse herstellt, zum Organisationsbereich der IG Bau - Holz gehört.

Ein nicht mehr zu übersehendes Problem im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution ist der Übergang zu kontinuierlichen Produktionsprozessen, zu hochproduktiven Fertigungsverfahren und damit die Neuprofilierung technisch und technologisch veralteter Werke. Die Erfordernisse der Wissenschaft und technischen Revolution haben bestimmenden Einfluß auf die Wesenszüge der Menschen. Moderne Technologien, veränderte Arbeitsbedingungen verlangen auch eine vorausschauende Qualifizierung der Arbeiter und Angestellten.

„Mit den Menschen, durch den Menschen, für den Menschen“, das ist unser entscheidender Grundsatz auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Dieses Leitmotiv bestimmt um so mehr unser Denken und Handeln als Gewerkschafter, da es im Zuge der sozialistischen Rationalisierung gilt, Tausende von Arbeitern auf einen neuen Arbeitsplatz vorzubereiten. So war es zum Beispiel erforderlich, die hochqualifizierten Hüttenwerker des ehemaligen VEB Bergbau- und Hüttenkombinat Calbe im Bezirk Magdeburg der Deutschen Demokratischen Republik für eine neue Tätigkeit auszurüsten.

Die Neuprofilierung dieses ersten Niederschachtens der Welt zur Herstellung von Metalleichtbauerzeugnissen erforderte die Umschulung, um alle Werktätigen mit dem neuen Arbeitsgebiet sowie den Arbeits- und Lebensbedingungen vertraut zu machen. Das war eine sehr komplizierte Aufgabe, noch zumal das Werkkollektiv im Durchschnitt 40 Jahre alt war. Wie erfolgte die Umschulung?

Die Neuprofilierung und Qualifizierung der etwa 3400 Beschäftigten des VEB Bergbau- und Hüttenkombinat Calbe basierte u. a. auf der Grundkammer des Gesetzes der Volkskammer über das einheitliche sozialistische Bildungswesen vom 25. Februar 1965 und eines Beschlusses des Minister-

rates der Deutschen Demokratischen Republik. Auf dieser Grundlage verabschiedeten der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bau - Holz und das Ministerium für Bauwesen eine Vereinbarung mit der Kombinatgewerkschaftsleitung und dem Generaldirektor des Metalleichtbaukombinats zur Regelung der mit der Neuprofilierung des genannten Werkes im Zusammenhang stehenden sozialökonomischen Fragen.

Entsprechend dieser Vereinbarung wurde der Minister für Bauwesen beauftragt, ein Programm für die Übernahme, Qualifizierung und den Einsatz der Werktätigen des VEB Bergbau- und Hüttenkombinat Calbe zu erarbeiten und die Durchführung der Aufgabenstellung zu kontrollieren. Bei der Regelung der sozialökonomischen Fragen ging die Gewerkschaft grundsätzlich davon aus, daß das Werkkollektiv in seiner Einheit bei Übertragung anderer volkswirtschaftlich effektiverer Aufgaben erhalten bleibt und das Kriterium des Betriebswechsels entfällt.

Unter anderem wurden folgende Grundsätze vom Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bau - Holz mit dem Ministerium für Bauwesen vereinbart und verwirklicht:

■ Entsprechend der jeweiligen Qualifikation erhielten die Arbeiter und Angestellten dieses neuzuprofilierenden Werkes bei einer neuen Tätigkeit eine Lohn- und Gehaltsgruppe, die ihrer bisherigen Qualifikation entsprach bzw. die sie durch neue Qualifizierung erwerben konnten. Dazu wurde mit jedem Werktätigen ein Qualifizierungsvertrag abgeschlossen, wobei insbesondere den Frauen und Müttern mit Kindern jede mögliche Erleichterung bei der Durchführung der Qualifizierungsmaßnahmen von der Werkleitung zu gewähren ist.

■ Nach Abschluß der Qualifizierung wurden die Arbeiter und Angestellten in ihre neue Tätigkeit eingewiesen,

erhielten ein längere Einarbeitungszeit, während der sie nach ihrem Durchschnittsverdienst entlohnt wurden. Diese Einarbeitungszeiten betragen vier und sechs Wochen.

■ Einige Vergünstigungen, die der VEB Bergbau- und Hüttenkombinat Calbe den Arbeitern bereits gewährte, mußten auch von dem neuen Betrieb übernommen werden. Unter anderem

— wurde die Dauer der Betriebszugehörigkeit angerechnet, so daß ihr Zusatzurlaub für langjährige Tätigkeit weiter gesichert ist.

— Arbeiter, die eine Zusatzrentenversicherung abgeschlossen haben, erhalten diese auch im neuen Betrieb.

— Für die aus dem Bergbau ausgeschiedenen Arbeiter im Rentenalter übernahm der neue Betrieb die Verpflichtung, sie weiterhin zu betreuen.

— Angehörigen der technischen Intelligenz, die im bisherigen Betrieb eine zusätzliche Altersversorgung hatten, erhielten diese im neuen Betrieb weiter gewährt.

— Für Arbeiter und Angestellte, deren Wohnsitz sich auf Grund der Neuprofilierung des Werkes veränderte, trug das neue Werk vollständig die Kosten des Umzuges.

Davon ausgehend beschlossen die Betriebsgewerkschaftsleitung und die Generaldirektion des Metalleichtbaukombinats im Ergebnis einer umfangreichen, kollektiven und individuellen Aussprache mit den Beschäftigten einen gemeinsamen umfassenden Maßnahmenplan.

Um die gewaltige komplizierte Aufgabe der Umschulung im Interesse der gesellschaftlichen Erfordernisse und der Bedürfnisse dieser Arbeiter und Angestellten zu lösen, führten zwölf Kommissionen mit jedem Angehörigen des ehemaligen Bergbau und Hüttenkombinates persönliche Aussprachen. Diesen Kommissionen gehörten verantwortliche Funktionäre der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsleitung an. Die Kommissionen erläuterten jedem einzelnen Arbeiter und Angestellten die neue Technologie sowie die verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen und die dazu erforderlichen Tätigkeitsmerkmale an den einzelnen Arbeitsplätzen. Ausgehend von der bereits erreichten Qualifikation als Schlosser, Schmied usw. unterbreiteten die Kommissionen dem Gesprächspartner Vorschläge zur Qualifizierung zum Stahlbauschlosser, Transport- und Lagerfacharbeiter, Facharbeiter für Gleisbautechnik, Stahlbauingenieur usw.

Jeder Arbeiter und Angestellter erhielt einen Katalog mit der Anzahl der erforderlichen neuen Berufe und ihre Einstufung in die Lohngruppen zur Einsicht. Nach seiner eigenen Entscheidung konnte er sich für die gewünschte Fachrichtung eintragen. Im

Ergebnis dieser Aussprachen entwickelte sich eine große Lernbereitschaft.

Im Vordergrund aller Bildungsmaßnahmen stand die systematische Weiterbildung der Arbeiter und Angestellten zur Beherrschung der mechanisierten und automatisierten Fertigungsstraßen. Im Werk Calbe wurden dazu folgende Lehrgänge planmäßig organisiert: Ein Sonderlehrgang für Leitungspersonal; ein Facharbeiterlehrgang für die Steuerung mechanisierter und automatisierter Prozesse; Facharbeiterlehrgang für den Grundberuf Maschinen- und Anlagenmonteur; Facharbeiterlehrgang Metallbauzeichner.

Für die werktätigen Frauen werden entsprechend eines gesonderten Maßnahmenplanes u. a. seit 1969 bis 1975 jährlich zwei bis drei Lehrgänge zur politischen und fachlichen Qualifizierung an der Leitakademie des Bauwesens im Bezirk Halle durchgeführt. Bereits heute hat sich der größte Teil der Arbeiter und Angestellten für ihre neue Tätigkeit qualifiziert. In Gesprächen mit den Produktionsarbeitern und Angestellten des neu profilierten Werkes bringen sie ständig ihre volle Zufriedenheit mit den durchgeführten Maßnahmen zum Ausdruck.

Handelspartner UdSSR

Der Warenaustausch mit der UdSSR beträgt zur Zeit über ein Drittel der gesamten Handelsumsätze der Volksrepublik Polen. Mit der sozialistischen Wirtschaftsintegration haben die Handelsbeziehungen in den vergangenen Jahren zwischen den beiden sozialistischen Ländern eine neue Stufe erreicht. Die Kooperationsbeziehungen reichen vom gemeinsamen Bau eines Atomkraftwerkes in Polen, über die Zusammenarbeit bei der Errichtung von Wohnsiedlungen und Häuserfabriken, die gemeinsame Rohstoffvorkommerschließung bis in die Sphäre der unmittelbaren Arbeitsteilung auf dem Gebiet des Maschinenbaus. Entsprechend der getroffenen Vereinbarungen wird der Warenaustausch zwischen beiden Ländern 1971 bis 1975 den Wert von 13 Milliarden Rubel erreichen und im Vergleich zum vorangegangenen Fünfjahrplan um 65 Prozent ansteigen.

Auch das langfristige Handelsabkommen der DDR mit der UdSSR sieht eine Steigerung des Warenaustausches um 56 Prozent in den nächsten fünf Jahren vor. Die Sowjetunion wird insbesondere wichtige Rohstoffe für die Industrie der DDR liefern. So kommen aus der Sowjetunion 85 Prozent des Erdöls, 60 Prozent des Aluminiums, 85 Prozent des Walzstahls, 50 Prozent des Kupfers, 70 Prozent der Steinkohle, 95 Prozent des Schnittholzes

Frankreich für Rente mit 60

Kampf um Rentenerhöhung und Herabsetzung des Rentenalters

Durch eine Umfrage stellte der Deutsche Gewerkschaftsbund 1970 fest, daß in der Bundesrepublik 84 Prozent der Bürger die Herabsetzung des Rentenalters für sehr wichtig halten und 82 Prozent wünschen, selbst entscheiden zu können, ob sie mit dem 60. Lebensjahr aus dem Berufsleben ausscheiden wollen. Enqueten, die zur gleichen Frage in Frankreich veranstaltet wurden, ergaben ähnliche Ergebnisse. So zeigte eine letzte diesbezügliche Umfrage, daß in Frankreich 65 Prozent der Arbeiter und 40 Prozent der Angestellten für die Verwirklichung der gleichen Forderungen in einen Streik treten würden.

Großen Widerhall fand daher die von der CGT und CFDT in Frankreich organisierte Aktionswoche für die Verkürzung des Arbeitslebens und die Erhöhung der Pensionen und Renten. Mit Arbeitsniederlegungen, Meetings und Aufmärschen unterstützten die Arbeiter und Angestellten in allen größeren Städten die Forderung „Nicht länger: von der Arbeit weg ins Grab“. Zweifellos hat der Umfang der Aktionen bei der Regierung und den Unternehmerverbänden einen Stein ins Rollen gebracht. Allerdings liegt zwischen ihren Vorschlägen und den Forderungen der Arbeiterschaft noch eine tiefe Kluft.

Der Minister für Gesundheit und Sozialversicherung, M. Boulton, erklärte im Oktober bei einer Unterredung mit Vertretern der CGT, daß die Regierung während des 6. Entwicklungsplans der Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre ihre Zustimmung versagen muß. Im Oktober aber will die Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen, der im wesentlichen vorsieht:

Ab 1972 soll der Tagessatz der Mindestrente von derzeit 9 auf 10 Franken erhöht werden;

progressive Steigerung der Renten von derzeit 40 Prozent auf 50 Prozent des Grundeinkommens;

und 90 Prozent der Baumwolle — alles lebenswichtige Produkte für die Industrie der DDR.

Gewerkschaftsdelegation aus Japan

Kürzlich besuchte eine japanische Gewerkschaftsdelegation mehrere Betriebe der DDR und informierte sich vor allem über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung. Die Delegation wurde vom Präsidenten der japanischen Stahlarbeitergewerkschaft, Joshiji Miyata, geleitet.

ab 1975 sollen die Renten auf Beitragsleistungen von 37½ Jahren, anstatt derzeit 30 Jahren berechnet werden;

Erhöhung der Mietzuschüsse für Kleinrentner.

Die Vertreter der CGT erklärten, daß diese Einzelvorschläge nicht ganz ohne Interesse seien, daß sie jedoch keine Gesamtregelung des Problems darstellen, dessen Grundlage der Anspruch auf die volle Rente ab dem vollendeten 60. Lebensjahr sei.

Zum gleichen Thema trafen sich unlängst Vertreter der CGT und CFDT mit Verantwortlichen des Nationalen Unternehmerverbandes (CNPF). Am Ausgang der Gespräche erklärte Henri Krasucki, Sekretär der CGT: „Der Unternehmerverband hat sich in der Frage des Rentenalters und der Rentenhöhe als unzuständig erklärt und verschanzt sich hinter der Regierung. Die einzige Frage, über die er zu verhandeln bereit ist, betrifft entlassene Arbeitnehmer über 60 Jahre, d. h., die Schaffung zusätzlicher Garantien, um ihre Lage zu verbessern.“

Das ist gewiß nicht unwichtig, denn es gibt besorgniserregende Fälle, die sich zu vermehren drohen. Die Vorschläge der CNPF haben aber einen Pferdefuß. Ihre Anwendung würde es nämlich den Unternehmern gestatten, Beschäftigte, die sie nicht mehr brauchen, aus der Produktion zu entfernen.“ Die Gewerkschaften kündigten an, bei den Verhandlungen im Herbst alles zu tun, damit diese Frage, die in das Gebiet „Sicherung der Beschäftigung“ fällt, eine zufriedenstellende Lösung findet.

Trotz Urlaubszeit und Hitzewelle setzten die beiden Zentralen ihre Kampagne weiter konsequent fort. „Wenn ich sechzig bin, will ich mich ausruhen!“ steht gedruckt auf einer Postkarte geschrieben, die von beiden Gewerkschaften herausgegeben wurde und jetzt, von Hunderttausenden Erwerbstätigen unterschrieben, an die zuständigen Behörden versandt wird. Im Herbst wird die Kampagne mit verstärkter Kraft fortgesetzt. C.

Gewerkschaften gegen Nixon

Lohn- und Preisstopp trifft allein die Lohnabhängigen Nixon-Programm macht die reichen Konzerne noch reicher

Die wirtschaftlichen Maßnahmen des US-Präsidenten Nixon sind auf heftigen Widerstand der amerikanischen Gewerkschaften gestoßen. Die Gewerkschaftsfunktionäre werfen Nixon vor, mit seinem Wirtschaftsprogramm der Bevölkerung Lasten und Beschränkungen auferlegt zu haben, während den Unternehmern über steuerliche Vergünstigungen wesentliche wirtschaftliche Vorteile verschafft wurden.

Der Zorn der Gewerkschaften richtet sich besonders und mit Recht gegen den 90tägigen Preis- und Lohnstopp, der allein die Lohn- und Gehaltsempfänger trifft. Sie argumentieren, daß erfahrungsgemäß zwar der Lohnstopp staatlich kontrolliert werden kann, aber kaum Möglichkeiten bestehen, die Einhaltung des Preisstopps durch Unternehmer und Handel zu beaufsichtigen. Ein weiteres Ärgernis der Gewerkschaften ist die Tatsache, daß zwar die Löhne eingefroren werden, nicht aber Zinssätze, Dividenden, Grundstückspreise und Unternehmergewinne.

Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, Meany, sonst ein eifriger Verfechter der Nixon-Politik, des Vietnamkrieges und der Partnerschaftsideologie, hat die Maßnahmen der USA-Administration als diskriminierend gegenüber dem amerikanischen Arbeiter bezeichnet. Nixon habe, so erklärt Meany zur Begründung seiner Haltung, nicht den Armen, den Arbeitslosen und den durch die Inflation heimgesuchten Verbrauchern geholfen, dafür aber durch den 10prozentigen Steuerbonus für Investitionen die reichen Amerikaner noch reicher gemacht.

Auch die Tatsache, daß Spekulanten an der New Yorker Börse in den ersten zwei Tagen nach der Verkündung des Nixon-Programms insgesamt 32 Milliarden Dollar in ihre Tasche stecken konnten, hat die Gewerkschaften in ihrer Meinung bestärkt, daß die sogenannte neue Wirtschaftspolitik in den USA nur den wohlhabenden Schichten zugute kommt.

Bis zum Ablauf des 90tägigen Lohn- und Preisstopps will die Nixon-Regierung alle Streiks verbieten. Zur Zeit befinden sich 150 000 Arbeiter und Angestellte in zum Teil lokalen Lohnkämpfen. Gleichzeitig sollen, und das wollen die Gewerkschaften auf alle Fälle verhindern, die in den letzten Wochen für mehr als eine Million Arbeiter und Angestellten erzielten Lohn-erhöhungen, die zum größten Teil zum 1. September wirksam geworden wären, in den Lohnstopp einbezogen werden. Dagegen wollen sich die Gewerkschaften gegebenenfalls mit Arbeitsniederlegungen wehren.

Die amerikanische Regierung wird es schwer haben, sich gegen die Gewerkschaften durchzusetzen, denn die Tatsache, daß durch den Lohnstopp 1,5 Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte ihre schon abgeschlossenen Lohn- und Gehaltserhöhungen einbüßen sollen, hat ein erhebliches Maß von Unzufriedenheit gebracht.

Von den europäischen Gewerkschaften haben sich die drei großen italienischen Verbände in einer gemeinsamen Erklärung scharf gegen die Maßnahmen Nixons gewandt. In dem Kommuniqué heißt es, daß das Nixon-Programm einen sichtbaren Aspekt der gegenwärtigen weltweiten Währungs- und Finanzkrise darstelle, womit das internationale Kapital versuche, die Folgen kapitalistischer Widersprüche auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Nicht Lohnerhöhungen oder Streikbewegungen seien für die Inflation verantwortlich, wie es die Gegner der Arbeiterklasse darstellen, sondern das internationale Kapital versuche, auf dem Wege der Inflation seine Profite zu steigern.

Die IG Metall schreibt in ihrem Gewerkschaftsorgan zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen: „Präsident Nixons währungspolitischer Parforce-Ritt wirft grelles Schlaglicht auf die Krise des Kapitalismus unserer Tage. Im tiefen Fall des Dollars — vor einem Jahrzehnt noch ewig unerschütterlich erscheinender Eckpfeiler der ‚westlichen Ordnung‘ — werden die bitteren Folgen eines von Grund auf falsch orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ebenso offenkundig wie die unseligen Auswirkungen einer im Vietnam-Debakel schonungslos demaskierten Weltmachtspolitik.“ Diese Orientierung ist zweifellos auch für die Haltung der Gewerkschaften in den USA maßgebend.

Der Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft, Woodcock, drückt die Auffassung der Gewerkschaften aus mit der Feststellung: „Wenn sie (nämlich die Regierung Nixon) Krieg wollen, so können sie Krieg haben.“ Und die AFL/CIO hat ihren Mitgliedern erklärt, es stehe ihnen frei, trotz der Appelle Nixons überall dort zu streiken, wo sie durch den einseitigen und unfairen Lohnstopp um die tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen geprellt werden sollten. sr

UdSSR: Hohes Entwicklungstempo

Die sowjetische Industrieproduktion wuchs in den ersten sieben Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8,2 Prozent. Damit wurde das seit Jahresbeginn überplanmäßig hohe Entwicklungstempo gehalten. Hinsichtlich des Gesamtvolumens und der Mehrzahl der Hauptwarenarten wurden die Pläne von sämtlichen Industrieministerien und Unionsrepubliken übererfüllt.

DPG-Kongreß

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft hat den 10. ordentlichen Gewerkschaftskongreß für die Zeit vom 4. bis 9. Oktober 1971 nach Wiesbaden einberufen. Der Kongreß wird u. a. Fragen der Neuordnung des öffentlichen Dienstrechts beraten, wo zu Anträge aus den Bezirken der Gewerkschaften erwartet werden. Nach der veröffentlichten vorläufigen Tagesordnung wird auch der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Friedrich Schäfer (SPD), ein Referat über Probleme eines „modernen Dienstrechts“ halten.

Zwei Bücher gegen den Militarismus

Karl Liebknecht: „Rekrutenabschied“ und „Militarismus und Antimilitarismus“, 236 Seiten, Paperback, Preis 5,80 DM.

Reinhard Junge: „Barras-Report — Tagebuch einer Dienstzeit“, 168 Seiten, Paperback, Preis 5,80 DM.

Zum 100. Geburtstag Karl Liebknechts hat der Weltkreis-Verlag GmbH., Dortmund, Brüderweg 16, der auch die Jugendzeitschrift „Elan“ herausbringt, zwei Broschüren verlegt, die sich besonders an junge Gewerkschalter — aber nicht nur — wenden. Die beiden in einer Broschüre zusammengestellten Liebknecht-Schriften sind 1906 und 1907 entstanden. Sie enthalten eine klassische Analyse des Wesens und der Erscheinungstendenzen des Militarismus im Zeitalter des Imperialismus, die sich mit dem Appell verbindet, diesen „Würgeengel der Kultur ... bis aufs Messer zu bekämpfen“.

In dem „Barras-Report“ beschreibt Reinhard Junge, Jahrgang 1946, den beginnenden antifaschistisch-demokratischen Kampf der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr, an dessen Entfaltung er selbst mitgewirkt hat. Beide Bücher sind von höchster Aktualität und können jungen Gewerkschaltern nur bestens empfohlen werden.

Ordnungsfaktor? Gegenmacht?

Eberhard Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht — Die politische Rolle der Gewerkschaften, edition subrkamp 487, Frankfurt/Main 1971, 341 S., 8,— DM.

Ein Jahr nach seinem für jeden Gewerkschafter hochinteressanten Buch „Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952“ legt Eberhard Schmidt nun ein weiteres Buch vor, das sich als „Vorbereitung auf eine Theorie der Gewerkschaften im Neokapitalismus“ verstanden wissen will.

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile, die Untersuchung der historischen Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften in der Periode nach dem zweiten Weltkrieg, wobei Schmidt hier, anknüpfend an sein oben erwähntes Buch, den Weg der integrationistischen Kräfte in den Gewerkschaften verfolgt. In einem weiteren Abschnitt wertet er die Septemberstreiks 1969, in denen er die Ansätze

zurück um den Inhalt des DGB-Grundsatzprogramms zu Beginn der sechziger Jahre keine Aufmerksamkeit.

An mehreren Stellen der Arbeit wird zwar erwähnt, daß mit allen Mitteln und Methoden versucht wurde, die Kommunisten in den Gewerkschaften an den Rand oder sogar aus ihnen hinaus zu drängen, aber die Bedeutung dieses Vorgangs für die Gleichschaltung der Gewerkschaften mit dem herrschenden System wird ungenügend herausgearbeitet.

Von Bedeutung für die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Novellierung des BetrVG ist die Darstellung der Niederlage der Gewerkschaften bei der Verabschiedung des BetrVG im Jahre 1952 und der damit verbundenen Unterschätzung der Kämpfe im vor- und außerparlamentarischen Raum. Interessant ist auch die Darstellung der Eingliederung führender Gewerkschafter in die konzertierte Aktion und ihre faktische Unterwerfung unter die Lohnleitlinien der Bundesregierung.

Das aktuelle Buch

einer alternativen Politik sieht und in einem abschließenden Kapitel versucht er die Strategie einer selbständigen Gewerkschaftspolitik zu skizzieren. Ein umfangreicher Dokumentenanhang ergänzt die zuvor gegebene Einschätzung.

Heute, da die herrschenden Kreise ihre Anstrengungen verstärkt haben, die Gewerkschaften noch stärker an die Regierungspolitik zu ketten und über diese in das herrschende staatsmonopolistische System zu integrieren, ist jeder Versuch zu begrüßen, alternative Vorstellungen für eine selbständige, allein von den Interessen der Arbeiterklasse diktierte Gewerkschaftspolitik zu konzipieren.

Schmidt führt vor allem im ersten Teil eine Fülle interessanter Tatsachen an, die beweisen, mit welchen Mitteln und Methoden Kräfte in den Gewerkschaften wirken, um die Rechtsentwicklung zu fördern. Es fällt allerdings auf, daß er den Bestrebungen der Kräfte, die sich in den Gewerkschaften diesem Kurs widersetzen, wenig Aufmerksamkeit schenkte. Wir werden weiter unten sehen, daß dies kein Zufall ist. Aber eine Position der „Gegenmacht“ entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie muß an den in den Gewerkschaften vorhandenen Vorstellungen anknüpfen und kann nur mit den diese Vorstellungen tragenden Kräften verwirklicht werden. So widmet Schmidt der Auseinanderset-

zung um den Inhalt des DGB-Grundsatzprogramms zu Beginn der sechziger Jahre keine Aufmerksamkeit.

Die größten Bedenken hat der Rezensent gegenüber dem Teil, der sich mit der Gewerkschaftsstrategie befaßt. Während der Nachvollzug des Weges der Integration eines Teils der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Funktionäre der Gewerkschaften zu den Stärken des Buches gehört, sind die Schwächen des theoretischen Teils, der auf dem Neosyndikalismus basiert, nicht zu übersehen.

Schmidt widmet sich hier vor allem der betriebsnahen Tarifpolitik, der betriebsnahen Bildungspolitik und der Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Zweifellos gehören die Durchsetzung einer betriebsnahen Tarifpolitik und einer betriebsnahen Bildungspolitik zu erstrangigen gewerkschaftspolitischen Aufgaben, wie auch die mit ihrer Verwirklichung untrennbar verbundene Stärkung der gewerkschaftlichen Basis, d. h. der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Jedoch kann und darf eine betriebsnahe Gewerkschaftspolitik nicht als Ersatz für eine zentrale Strategie stehen oder ihr gar entgegenstehen. Wie bei allen Neosyndikalisten finden wir auch bei Schmidt ein Anbelen der Spontaneität. Er hofft, daß periodisch sich wiederholende Kämpfe das tradeunionistische Bewußtsein überwinden könnten.

Die Rolle und Funktion, die eine Arbeiterpartei bei der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins spielen könnte, sieht Schmidt nicht, da für ihn die traditionellen politischen Parteien

der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik versagt haben. Die Ursachen sieht er in den Folgen des Ost-West-Konflikts, den er an mehreren Stellen des Buches nicht als einen Ausdruck des Klassenkampfes sondern wertneutral betrachtet. Auch die Gewerkschaften sind nicht die Organisationen, die eine grundlegende Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten können, da für Schmidt die Gewerkschaften nicht revolutionär sind.

Den Ausweg sieht er allein in einer Orientierung auf den Betrieb, ohne zu berücksichtigen, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine immer stärkere Konzentration der Macht an der Spitze des Staates und in den Mammultkonzernen erfolgt. Die betriebsnahe Tarifpolitik stellt für ihn „auf der Ebene des Betriebs die Frage nach der Macht in der Gesellschaft, weil sie die Frage nach der Macht im Betrieb stellt“. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß auch er gleich Gorz und anderen hier eine Doppelherrschaft sieht, die mit der des Jahres 1917 in Rußland nur den Namen gemein hat.

Entsprechend seiner Grundkonzeption besteht die Aufgabe der Gewerkschafter nicht darin, in den Gewerkschaften ihren Willen durchzusetzen und den Kampf gegen das Großkapital zu führen, und durch ihn zugleich die integrationistischen Kräfte zurückzudrängen, sondern darin, „den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen“ und den offenen Kampf gegen „die Gewerkschaftsbürokratie“ zu führen.

Die neosyndikalistische Konzeption zeigt sich unfähig, aktuelle und perspektivische Gewerkschaftsfragen zu lösen, weil sie nicht, wie Schmidt vorgibt, „aus einer Analyse der sozioökonomischen Bedingungen dieser Gesellschaft“ abgeleitet und konkretisiert wird. Trotz vieler interessanter Aussagen im Detail und der darin bestehenden partiellen Übereinstimmung mit marxistischen Positionen, bestehen in der Gesamtorientierung entgegengesetzte Auffassungen. H. Sch.

Gewerkschaftspolitik wofür?

Mit dem Titel: „Anpassung oder Widerstand? Gewerkschaften im autoritären Staat“, erschien in der Fischer-Bücherei, Frankfurt/M. ein Buch der Autoren Sven Gustav Papke, Willi Wyninger, Rainer Kalbitz, Uwe Henning, Peter Schütt und Detlef Albers. Es handelt sich bei diesem Sammelband um den Versuch, anhand zentraler Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes in der Bundesrepublik Ziele und Inhalt der Gewerkschaftspolitik analytisch und kritisch zu werten. Die Autoren verstehen sich selbst als Vertreter der sogenannten „Neuen Linken“. — Wir bringen im Oktober-Heft der NACHRICHTEN eine ausführliche Besprechung.

Eine Neuerscheinung der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH

- 26. September bis 3. Oktober
10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden.
- 30. September und 1. Oktober
Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Oberhausen.
- 3. bis 9. Oktober
10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden.
- 4. bis 8. Oktober
11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Dortmund.
- 10. bis 13. Oktober
9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bad Harzburg.
- 11. bis 15. Oktober
10. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Nürnberg.
- 24. bis 30. Oktober
9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.
- 26. bis 27. Oktober
9. Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Mainz.
- 11. und 12. November
8. Deutscher Beamtentag des DGB in Bonn.
- 18. und 19. November
8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund.
- 25. bis 28. November
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Düsseldorf.
- 11. bis 14. April 1972
4. Internationale Automationstagung der IG Metall in Oberhausen.

DDR: Frauen im Beruf qualifizieren sich

Seit 1966 haben mehr als eine halbe Million Frauen und Mädchen in der DDR den Facharbeiterabschluß erworben, 40 Prozent von ihnen im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung. 12 000 Frauen und Mädchen studieren im Frauensonderstudium an Fachschulen der DDR. Diese Form des Studiums ist besonders für Frauen mit familiärer Belastung vorgesehen. Gegenwärtig sind mehr als 75 Prozent aller Frauen und Mädchen im arbeitsfähigen Alter berufstätig oder befinden sich in einer Ausbildung.

Entschleierte Profite — Bilanz lesen leichtgemacht —, eine Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite von Aktiengesellschaften nach den veröffentlichten Bilanzen, verfaßt im Auftrage des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), NACHRICHTEN-Verlags GmbH, Frankfurt/Main, ca. 160 Seiten, 5 Formblätter, 8,— DM.

Wie liest man eine Bilanz? Was sagt die Gewinn- und Verlustrechnung aus? Was versteht man unter Abschreibungen, Rücklagen und Rückstellungen? In welchem Verhältnis stehen die ausgewiesenen Bilanzgewinne zu den tatsächlich erwirtschafteten Profiten? Auf solche und andere Fragen im Zusammenhang mit der Profitanalyse versuchen die Verfasser dieser Publikation eine Antwort vom Standpunkt der marxistischen politischen Ökonomie zu geben, nicht in der Absicht, ein umfassendes Lehrbuch über das betriebliche Rechnungswesen zu veröffentlichen, sondern um eine verständliche und brauchbare Anleitung zur selbständigen Profitermittlung anzubieten. Dieses Handbuch wurde darum auch nicht für Hauptbuchhalter oder Wirtschaftsprüfer gemacht, sondern für alle, die die Manipulationen der Manager durchschauen wollen, für Arbeiter und Angestellte, für Betriebsräte und Vertrauensleute, für Wirtschafts- und Betriebszeitungsredakteure usw.

Kenntnisse über die tatsächlichen Profitverhältnisse und ihre Anwendung im Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten sind gerade heute eine wirksame Waffe gegen das Großkapital. Das Wissen um die tatsächliche Höhe, Struktur und Verwendung der Profite ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer betriebsnahen, gewerkschaftlichen Lohnpolitik und kann zur Entlarvung des oft strapazierten Märchens von der Lohn-Preis-Spirale beitragen. Darüber hinaus wird der Kampf um echte Mitbestimmung, die vor der Finanz- und Investitionspolitik der Betriebe nicht halt macht, das Bedürfnis nach brauchbaren Profitanalysen wachsen lassen.

Im Mittelpunkt der Publikation steht die Erläuterung der Profitermittlungsmethoden, wobei methodische Hinweise und Formblätter dem interessierten Leser Gelegenheit zur aktiven Mitarbeit geben. Schaubilder und Graphiken tragen dazu bei, den Stoff zu veranschaulichen. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge wurde eine kurze Abhandlung über die Rolle und Bedeutung der Aktien-

gesellschaften als der vorherrschenden Unternehmensform kapitalistischer Großbetriebe vorangestellt. Ein Schlagwortverzeichnis mit Begriffserläuterungen sowie ein Anhang mit Tabellen und Statistiken zur Lohn- und Profitentwicklung sind wertvolle Ergänzungen dieser Publikation und tragen zur besseren Orientierung bei.

Das Buch ist zu beziehen über den Buchhandel oder direkt: NACHRICHTEN-Verlag, 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307. D. Sch.

Zu guter Letzt

Um zur „Versachlichung der verteilungspolitischen Diskussion“ mit den Unternehmern beizutragen, haben der DGB-Bundesvorstand und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in gleichlautenden Briefen die Regierung aufgefordert, das „statistische Instrumentarium“ zur Einkommens- und Ertragsentwicklung in der deutschen Wirtschaft zu verbessern.

Was verspricht sich der DGB von dieser „konzertierten Aktion“ mit den Unternehmerverbänden? Gilt nicht mehr die Forderung der Gewerkschaften auf „gläserne Taschen“?

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 8 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main